

Potsdamer OB-Wahl 2025

Unsere Fragen, ihre Antworten

Einige Kolleginnen und Kollegen unseres Netzwerkes hatten sich die Mühe gemacht, einen Katalog mit Fragen für Bewerber und die Bewerberin um den Potsdamer OB-Posten zu erarbeiten.

Die insgesamt 25 Fragen wurden Noosha Aubel, Clemens Viehrig, Dirk Harder, Severin Fischer und Michael Reichert zugesandt. Sie haben sich wirklich viel Arbeit gemacht und zum Teil sehr ausführlich geantwortet. Dafür bedanken wir uns.

Alexander Wietschel, den wir ebenfalls angeschrieben hatten, hat uns nicht geantwortet.

Im Folgenden sind die Fragen und Antworten im Original dokumentiert.

Bei Fragen oder Anmerkungen bitte an Carsten Hagenau wenden: PROJEKTKOMMUNIKATION Hagenau GmbH, Hegelallee 3, 14467 Potsdam, 0172 39 10 320, Carsten.Hagenau@Projektkommunikation.com.

1. Von welcher/n Fraktion/en werden Sie unterstützt und nach welchen Leitlinien/Maßstäben werden Sie in der Konsensfindung zur Umsetzung Ihrer politischen Vorhaben die anderen Fraktionen einbinden?				
Clemens Viehrig CDU	Severin Fischer SPD	Noosha Auel parteilos	Dirk Harder parteilos für Die Linke	Michael Reichert BVB/Freie Wähler
Ich bin durch die CDU Potsdam nominiert worden und werde durch diese Fraktion unterstützt. Letztendlich dreht sich alles um die Frage: Wie gehen wir in Potsdam mit Ideen um? Mein Handeln wird durch die Leitlinie „Was ist das Beste für Potsdam?“ bestimmt. Und ich bin mir sicher, dass es zwischen den Fraktionen viele Überschneidungspunkte gibt, um gemeinsam etwas für Potsdam zu erreichen. Denn eine Idee ist per se nicht schlecht, weil sie aus einer anderen Partei/Wählergruppierung kommt. Die Entwicklung des Sportstandortes an der Kirschallee, an der Amundsenstraße oder die Entwicklung eines Skate-Parks unter der Nutheschnellstraße sind sehr gute Beispiele. Verschiedene Stadtverordnete haben sich hier zusammengeschlossen und gemeinsam die Standorte vorangetrieben. Dies aufgrund von zwei Aspekten: gegenseitiges Vertrauen in den Gegenüber und ein gemeinsames Ziel. Das ich daran entscheidend mitwirken konnte, macht mich auch Stolz. Bei diesen Beispielen, aber auch generell habe ich gezeigt, dass ich nicht beratungsresistent bin. Hierfür braucht es Kommunikation und am Ende eine Mehrheit. Mir ist dabei wichtig, dass man respektvoll mit getroffenen Entscheidungen umgeht und auch die Meinung des anderen akzeptiert. Dies ist in der letzten Zeit leider oftmals verlorengegangen.	Ich trete als Kandidat der SPD an. In meiner Amtsführung setze ich auf Transparenz und Zusammenarbeit. Beteiligungsformate mit Bürgerinnen und Bürgern und Unternehmen möchte ich mit offen und ehrlich unter Einbeziehung der Ergebnisse in politische Entscheidungsprozesse führen. Politische Mehrheiten will ich durch überzeugende Inhalte und offenen Dialog mit allen demokratischen Fraktionen gewinnen. Entscheidungen sollen faktenbasiert, nachvollziehbar und mit Blick aufs Ganze getroffen werden.	Ich werde unterstützt von Bündnis90/Die Grünen, die aNDERE, Volt und BfW. Es handelt sich nicht um ein Bündnis oder eine Kooperation. Als überparteiliche Kandidatin arbeite ich nach erfolgter Wahl selbstverständlich mit allen demokratischen Fraktionen zusammen. Handlungsleitend werden in der Zusammenarbeit u. a. Transparenz, Beteiligung und Nachvollziehbarkeit sein. Innerhalb der ersten 100 Tage möchte ich „Spielregeln der Zusammenarbeit“ gemeinsam mit der Kommunalpolitik erarbeiten.	Ich trete als parteiloser Kandidat für die Partei Die Linke an. Bei der Konsensfindung zur Umsetzung meiner politischen Vorhaben werde ich mit allen demokratischen Fraktionen der Potsdamer Stadtverordnetenversammlung den konstruktiven und ehrlichen Austausch zu suchen. Die politischen Konstellationen in der Stadtverordnetenversammlung (9 Fraktionen) impliziert die ständige Konsensfindung mit allen demokratischen Fraktionen. Anders lässt sich Stadtpolitik nicht gestalten. Grundlage meiner Arbeit werden vor allem die Beschlüsse der Stadtverordnetenversammlung sein. Das schließt u.a. ein: • Das Leitbild der LHP • Die beschlossenen Satzungen und Rahmenplanungen • Die Beschlüsse zur Arbeit der kommunalen Unternehmen.	Dr. Michael Reichert, Fraktionsvorsitzender von BVB/Freie Wähler. Als gewählter Stadtverordneter bin ich in der Potsdamer Stadtverordnetenversammlung. BVB heißt Brandenburger Vereinigte Bürgerbewegungen, wir sind keine Partei im klassischen Sinne sondern ein Verbund von rund 160 Wählergruppen in ganz Brandenburg. Damit machen wir eine bürgernahe Politik der Mitte, direkt von Bürgern für Bürger, ideologiefrei und mit gesundem Menschenverstand zum Nutzen der Menschen, ohne auf Parteizwänge oder Parteiinteressen achten zu müssen. ...werden Sie in der Konsensfindung zur Umsetzung Ihrer politischen Vorhaben die anderen Fraktionen einbinden? selbstverständlich.

2. Welche fünf zentralen Anliegen (bitte priorisieren Sie nach Wichtigkeit) planen Sie, in Ihrer Amtszeit umzusetzen und welche Instrumente wählen Sie (drei Instrumente je Ziel)?				
Clemens Viehrig CDU	Severin Fischer SPD	Noosha Aubel parteilos	Dirk Harder parteilos für Die Linke	Michael Reichert BVB/Freie Wähler
Meinen fünf zentralen Anliegen möchte ich voranstellen, dass ich bei allen Überlegungen die Potsdamerinnen und Potsdamer wieder ins Zentrum des Handelns stellen will. Wir brauchen eine Etablierung einer Kultur der Ermöglichung im Rathaus: „Schön, dass Sie da sind. Wie kann ich helfen?“ Dies ist eng verbunden mit einer Digitalisierung der städtischen Prozesse nach innen/außen. Ziel 1 Ausreichenden und bezahlbaren Wohnraum schaffen Potsdam braucht mehr bezahlbaren Wohnraum. Der Neubau hinkt hinterher – auch, weil unter dem Schlagwort „behutsames Wachstum“ zu wenig gebaut wurde, als es noch günstiger war. Diese Wohnungen fehlen heute. Wir müssen uns aber auch darüber bewusst sein, welche Stellschrauben wir als Kommune beeinflussen können. Instrumente: >>> Baugenehmigungsbehörde effizienter machen Wir brauchen weniger Bürokratie und schnellere Verfahren. Dafür müssen wir dem Geschäftsbereich mehr Personal zur Verfügung stellen und durch die Digitalisierung weitere Effizienzsteigerungen aktivieren. >>> Wohnungsbau auf drei Schultern Wir müssen die ProPotsdam, die Genossenschaften und die privaten Investoren einbinden, um mehr Wohnraum zu schaffen.	1. Bezahlbares Wohnen Instrumente: Stärkung der ProPotsdam & der Genossenschaften, Stärkere Kontrolle Zweckentfremdungsverbot, Neubauoffensive (30 % gefördert, ebenso auch preisgedämpfte Mieten) 2. Gute Bildung Instrumente: Sanierung & Digitalisierung der Schulen, bedarfsorientierte Planung Kita- & Schulplätze, Qualitätssicherung durch Fachkräfteoffensive 3. Mobilität für alle Instrumente: Ausbau ÖPNV/Fuß-/Radwege, gute Instandhaltung der Verkehrsinfrastruktur, quartiersbezogene Verkehrsplanung 4. Starke Wirtschaft & Innovation Instrumente: Flächenentwicklung, Stärkung von Ausgründungen aus Hochschulen und Forschungseinrichtungen, Überprüfung des Gewerbesteuersatzes 5. Digitale, bürgernahe Verwaltung Instrumente: Digitalisierung von Anträgen, Service-Offensive, bessere Personalbindung & -ausstattung	Keine Priorisierung. Die Prozesse müssen parallel initiiert und vorangetrieben werden. a) Verwaltungsumbau >>> Etablierung eines Verwaltungsvorstandes und eines Ermöglicher-Mindsets in der Gesamtverwaltung >>> Konsequente Ende-zu-Ende-Digitalisierung der Prozesse, die für Einwohner*innen relevant sind, oder deren Digitalisierung Verwaltungsmitarbeiter*innen von ineffizienten Aufgaben befreit >>> Haushaltskonsolidierung, inkl. Schwerpunktsetzung mit der Kommunalpolitik, Wirkungsorientierung und Verwaltungsoptimierung b) Chancengerechtigkeit >>> Bildungssystem kommunal (weiter)qualifizieren, u. a. Qualität im Ganzttag steigern, multiprofessionelle Teams an Schulen >>> Außerschulische Unterstützungsangebote verstetigen und ausbauen, wie Beratungsangebote für Familien, Lerncafés im Quartier und Dritte Orte >>> Angebote der öffentlichen Gesundheitsfürsorge stärken, kommunale Gesundheitsstrategie mit Fokus auf Prävention und Versorgungsgerechtigkeit	1. Beschleunigung des – vor allem sozialen – Wohnungsbau: >>> Konsequente Umsetzung der Zweckentfremdungssatzung >>> Erlassen weiterer Milieuschutzsatzungen >>> Stärkung des genossenschaftlichen und eigentümerorientierten Bauens 2. Mehr soziale Gerechtigkeit – Kampf gegen Kinderarmut >>> Finanzielle Sicherung bestehender Instrumente für mehr Chancengerechtigkeit (kostenloses Mittagessen an staatlichen Grundschulen, Schüler:innenticket, usw.) >>> Fachliche Unterstützung freier Träger und Initiativen die zu diesem Anliegen arbeiten >>> Ausbau/Stärkung bestehender Netzwerke 3. Ausgestaltung der Infrastruktur entsprechend der zu ermittelnden Erfordernisse >>> ÖPNV: Anpassung der Taktung von Bus und Bahn >>> Radwegebau: stringente Umsetzung des Radwegekonzeptes >>> Stringente Koordinierung von Straßeninstandsetzung	1. Sofortprogramm zum Bau von 1000 neuen Wohnungen 2. Diese Mieten dieser Wohnungen müssen bezahlbar sein, darum Pilotprojet mit Bauen nach dem Hamburger Standard, mit dem Bauturbo, möglichst unter genossenschaftlicher Verwaltung, die keine Gewinnabsicht hat und unter zu Hilfenahme von Fördermitteln, dann könnten auch wieder Mieten von 5-10€/qm möglich werden 3. Senkung der Mietnebenkosten, hier insbesondere beim Wasser, da Potsdam im deutschlandweiten Vergleich mit die höchsten Wasserkosten hat durch Rekommunalisierung der Wassersparte aus dem Monopolisten EWP 4. Verbesserung der Mobilität: Ausbau von sicheren Fahrradwegen, aber nicht immer und überall zu Lasten des -Autoverkehrs und Parkplätzen 5. Verschlankung und mehr Effizienz in der Verwaltung: Meine Philosophie als Oberbürgermeister ist, dass die Verwaltung der Dienstleister der Bürger, der Selbständigen und Unternehmer ist und die Dinge schnell voranbringen muss und nicht in endlosen Bürokratieschleifen verschleppt.

Clemens Viehrig (CDU) Nur wenn es uns gelingt, alle Beteiligten gleichermaßen zu fordern und zu unterstützen, wird es uns gelingen, dass Problem in den Griff zu bekommen. >>> Sondervermögen und Klimatransformationsfonds nutzen Nur mit einem hohen kommunalen Anteil an den Fördermitteln aus dem Sondervermögen und dem Klimatransformationsfonds werden wir gezielt Potsdamer Projekt unterstützen können. Im Hinblick auf die geplante Tramerweiterung nach Krampnitz kann der Klimatransformationsfonds der „game changer“ sein. Ziel 2 Stärkerer Fokus auf unsere Wirtschaft Starke Unternehmen schaffen Arbeitsplätze und finanzieren soziale Leistungen. Wirtschaft ist eine Chance – keine Last. Auch hier gilt: „Schön, dass Sie da sind. Wie können wir helfen?“. Instrumente: >>> Organisationsveränderung Wirtschaft wird direkt beim Oberbürgermeister angesiedelt und damit aus dem Dornröschenschlaf geholt. >>> Erhöhung des Gewerbesteuerhebesatzes zurücknehmen Um im Wettbewerb mit Berlin und dem Umland als attraktiver Gewerbestandort bestehen zu können, bedarf es u.a. einer Absenkung des Gewerbesteuerhebesatzes. Kurzfristig setzt dieser Schritt Finanzmittel für den städtischen Haushalt frei. Langfristig wirkt es sich jedoch nachteilig auf den		Noosha Aubel (parteilos) c) Bezahlbarer Wohnraum >>> ProPotsdam und soziale Wohnungswirtschaft stärken >>> Landes- und Bundesprogramme für nachhaltige Stadtentwicklung und sozialen Wohnungsbau aktiv nutzen (z. B. Landeswohnungsbauförderung, klimafreundlicher Neubau, serielles Bauen) >>> Nachhaltigkeit durch bessere Nutzung von Wohnflächen (Wohnsuffizienz fördern) und Sicherung von Bestandsmieten u. a. über Milieuschutzsatzungen; Bauflächen aktivieren: Vorrang für Nachverdichtung, Baulückenschließung, Aufstockung und Umnutzung im Bestand d) Ökologischer Stadtumbau >>> Zusammenarbeit auf Augenhöhe mit den städtischen Unternehmen, die die Energie- und Wärmeversorgung sowie den Öffentlichen Nahverkehr gewährleisten >>> Entsiegelung von Flächen (Parkplätze, Schulhöfe) zur Förderung der Regenwasserversickerung >>> Weg zur autoarmen Innenstadt unter enger Einbindung von ansässigen Gewerbetreibenden weiterbeschreiten und gute Beispiele auf andere Stadtteile übertragen e) Zukunftsfähige Wirtschaftsförderung >>> Ermöglicher-Mindset in der Verwaltung, u. a. die Wirtschaftsförderung als ein One-Stop-Shop für alle Fragen der	Dirk Harder (parteilos für Die Linke) 4. Stärkung der Wirtschaftskraft der Stadt >>> Einrichtung von „Stamm“tischen der verschiedenen Branchen von kleinen und mittelständigen Unternehmen >>> Verbesserung der Zusammenarbeit der verschiedenen wissenschaftlichen Einrichtungen mit dem Ziel Ressourcen zu gewinnen und die Wirkkraft in der Stadtgesellschaft zu erhöhen >>> Stärkung der Wirkkraft des Wirtschaftsrates 5. Die Ziele 1-4 (und weitere) sind nur durch <u>Veränderung in der Führung der Verwaltung</u> zu erreichen >>> Schaffen einer wirklichen Anerkennungskultur >>> Stärkere Orientierung der Führungstätigkeit an den fachlichen, personellen und finanziellen Bedarfen der Geschäftsbereiche, ausgerichtet auf die Umsetzung der Aufgaben und Beschlüsse der Stadtverordnetenversammlung >>> Stärkere Beachtung der fachlichen Kompetenzen der Mitarbeitenden	Fortsetzung von der Vorseite: Welche fünf zentralen Anliegen (bitte priorisieren Sie nach Wichtigkeit) planen Sie, in Ihrer Amtszeit umzusetzen und welche Instrumente wählen Sie (drei Instrumente je Ziel)?
--	--	---	--	--

Clemens Viehrig (CDU) Wirtschaftsstandort Potsdam aus. >>> Gewerbeflächenmanagement Wir brauchen ein noch besser koordiniertes Gewerbeflächenmanagement. V.a. müssen wir dabei langfristig denken, Gewerbefläche etablieren und Flächen auch ggü. anderen Bedürfnissen halten. Ziel 3 Wohlstand fängt mit Bildung an Wir investieren in die Köpfe von morgen – von der Kita bis zur Berufsschule. Dafür brauchen wir moderne Schulen, gute Ausstattung und faire Startchancen für jedes Kind. Ein differenziertes Schulwesen ohne Scheuklappen ist dafür essenziell: Gymnasien, Gesamtschulen, Oberschulen und Oberstufenzentren leisten alle ihren Beitrag zum Lernerfolg. Instrumente: >>> Integrierte Kita- und Schulentwicklungsplanung (ISEP) Wir müssen die Kita- und Schulentwicklungsplanung gemeinsam mit allen Beteiligten an den Bedarfen von morgen ausrichten. Hierbei müssen wir auch den Lebenszyklus von Gebäuden betrachten und neue Möglichkeiten an Kita-/Schulstandorten für andere Nutzungen ins Auge fassen (bspw. VHS-Kurse in Schulen, Räume für Vereine/Initiativen). >>> digitale Ausstattung unserer Schulen verbessern Wir müssen unsere Schulen auf dem eingeschlagenen Weg weiter unterstützen und v.a. den städtischen IT-		Noosha Aubel (parteilos) Gewerbetreibenden und Wirtschaftsakteure etablieren. Hier werden lösungsorientiert Klärungen der Anliegen herbeigeführt. >>> Die Bedarfe der Gewerbetreibenden und Handwerksbetriebe in Potsdam werden in den Stadtentwicklungsprozessen berücksichtigt – besonders im Prozess „Innenstadt – Straßenräume neu denken!“. >>> Zusammenarbeit mit Nachbarkommunen für eine integrierte Arbeitsmarkregion. Dazu zählen gemeinsame Gewerbegebiete, gemeinsame Cluster entwickeln, überkommunale Fördermittel nutzen, branchenrelevante Kompetenzen und Standortvorteile besser kommunizieren.		Fortsetzung von der Vorseite: Welche fünf zentralen Anliegen (bitte priorisieren Sie nach Wichtigkeit) planen Sie, in Ihrer Amtszeit umzusetzen und welche Instrumente wählen Sie (drei Instrumente je Ziel)?
---	--	--	--	--

Clemens Viehrig (CDU) Bereich stärken, um den Anforderungen auch gerecht zu werden. Denn Digitalisierung gelingt nur, wenn Kinder und Lehrkräfte gleichermaßen darauf vorbereitet sind. >>> Oberstufenzentren stärken Ausbildung im dualen System ist zentral für unsere Wirtschaft sowie für unsere Potsdamer Unternehmerinnen und Unternehmer. Insofern brauchen unsere drei Potsdamer Oberstufenzentren unsere Unterstützung. Ziel 4 Bürgerfreundliche, ideologiefreie Verkehrspolitik mit leistungsfähigem und bezahlbarem ÖPNV Mobilität muss zu den Menschen passen. In der Innenstadt gelten andere Bedürfnisse als in Potsdams Norden oder Süden. Ich will niemandem vorschreiben, wie er sich fortbewegt – Potsdam soll mobil bleiben, für alle. Gleichzeitig müssen wir die Chancen neuer Technologien nutzen: autonome Systeme, E-Mobilität und digitale Leitsysteme gehören in unsere Verkehrsplanung. Instrumente: >>> ideologiefreie Verkehrspolitik Gemeinsam mit den Potsdamerinnen und Potsdamern müssen wir die städtische Mobilität gestalten. Alle Mobilitätsformen leisten dafür einen wichtigen Beitrag, wir müssen sie optimal miteinander verknüpfen, um dadurch mehr Effizienz zu generieren.				Fortsetzung von der Vorseite: Welche fünf zentralen Anliegen (bitte priorisieren Sie nach Wichtigkeit) planen Sie, in Ihrer Amtszeit umzusetzen und welche Instrumente wählen Sie (drei Instrumente je Ziel)?
--	--	--	--	--

Clemens Viehrig (CDU) >>> Mobilitätsdrehscheibe Marquardt entwickeln Mit Hilfe des Sondervermögens Infrastruktur besteht die Möglichkeit vom Bundesprogramm entscheidend zu profitieren. Die barrierefreie Querung in Marquardt ist nicht nur für den Ortsteil, sondern v.a. für die verkehrliche Erschließung des Potsdamer Nordens enorm wichtig. >>> Digitalisierung nutzen Es braucht einen Austausch mit Städten wie Hamburg, München oder Helsinki, welche in der innerstädtischen Digitalisierung der Mobilität deutlich weiter sind. Wir können von diesen Städten lernen und deren Erfahrungen nutzen. Ziel 5 Ehrenamt als Fundament für unsere Stadt anerkennen Ohne Ehrenamt läuft nichts. Unsere Stadt lebt vom Engagement der Menschen – ob im Vereinssport, in der Nachbarschaftshilfe oder bei den Freiwilligen Feuerwehren. Sie halten Potsdam am Laufen – ohne Gegenleistung. Instrumente: >>> Sportförderung stärken Die Arbeit des Stadtsportbundes müssen wir unterstützen, denn er ist unverzichtbar für die Arbeit im Sportbereich. Es gilt die wirksamste Sportförderung in Potsdam zu sichern: die kostenfreie Nutzung der Sportstätten durch Vereine.				Fortsetzung von der Vorseite: Welche fünf zentralen Anliegen (bitte priorisieren Sie nach Wichtigkeit) planen Sie, in Ihrer Amtszeit umzusetzen und welche Instrumente wählen Sie (drei Instrumente je Ziel)?
---	--	--	--	--

Clemens Viehrig (CDU) >>> Potsdam als Kulturstadt bewahren Viele engagierte Kulturschaffende und Vereine prägen unsere Stadt – von Gedenkorten bis zu kreativen Projekten. Gemeinsam mit Kulturschaffenden und Vereinen müssen wir den Kulturetat transparent weiterentwickeln und den Kulturtourismus – auch als Wirtschaftszweig – stärken. >>> Ehrenamt anerkennen Wir dürfen nicht nur über die Arbeit des Ehrenamtes reden, sondern müssen diese auch anerkennen. Dazu braucht es u.a. Räume oder auch eine modernere Ehrenamtskarte.				Fortsetzung von der Vorseite: Welche fünf zentralen Anliegen (bitte priorisieren Sie nach Wichtigkeit) planen Sie, in Ihrer Amtszeit umzusetzen und welche Instrumente wählen Sie (drei Instrumente je Ziel)?
--	--	--	--	--

3. Welche Erfahrung aus den vergangenen 12 Monaten hat Ihr Bild von Potsdam beeinflusst und welche Schlüsse haben Sie daraus gezogen?				
Clemens Viehrig CDU	Severin Fischer SPD	Noosha Auel parteilos	Dirk Harder parteilos für Die Linke	Michael Reichert BVB/Freie Wähler
Der Oberbürgermeister ist Teil der Verwaltung. Nur wenn er gemeinsam mit den Kolleginnen und Kollegen agiert, wird die unsere Stadt funktionieren. Als Teamplayer möchte ich meine Ideen vorleben, mitreißen und gemeinsam mit den vielen engagierten Kolleginnen und Kollegen Potsdam nach vorne entwickeln. Dies wird jedoch nur gelingen, wenn man sich auf Augenhöhe begegnet und auch Ideen aus der Verwaltung zulässt. Die Potsdamer Verwaltung hat so viel Potenzial, welches leider durch den „alten“ Oberbürgermeister nicht genutzt oder ausgebremst wurde. Für mich ist zudem klar: wenn Kritik an der Verwaltung aufkommt, stellt sich der Oberbürgermeister vor seine Verwaltung – nicht daneben.	Potsdam hat ein großes Zukunftspotenzial, das Wachstum und Lebensqualität vereinbaren kann – das bringt aber Herausforderungen mit sich: z. B. bei den Themen Wohnen, Verkehr oder Integration. Es gibt in Potsdam ein sehr starkes zivilgesellschaftliches Engagement. – Die Akteure will ich als Oberbürgermeister aktiv einbinden. Meine Schlussfolgerung: Die Menschen leben unglaublich gern in Potsdam. Es gilt die Chancen für die Stadt zu nutzen, damit sie lebens- und liebenswert bleibt.	Die Abwahl des OBM Schubert. Die Stadtverordneten haben deutlich gezeigt, dass sie Veränderung im Rathaus wollen. Dass es Zeit für einen anderen Stil von Politik, Führung und Zusammenarbeit ist. Auch die (Ab-)Wähler*innen wünschen sich einen Wandel. Diesen biete ich an. Ich habe in meiner Zeit als Beigeordnete in der Potsdamer Verwaltung (2017 bis 2023) gesehen, welche Veränderung es braucht. Jetzt möchte ich zurückkommen und in unserer schönen Stadt genau diesen Wandel gestalten.	Für mich war die Arbeit im Bündnis „Potsdam bekennt Farbe“, wo ich im Lenkungsgremium sehr aktiv bin, sehr intensiv, da ich bei der Organisation der vielen Demonstrationen sehr involviert war. Gleichzeitig hat mich die Diskussion um die sogenannte Ticketaffäre und die damit verbundenen endlosen Auseinandersetzungen sehr beschäftigt und genervt. Außerdem habe ich die Wohnungssuche meines Sohnes live miterleben müssen, damit sind wir nicht allein in Potsdam. Positiv habe ich Erinnerung, dass ich es geschafft habe ein Boot fertig zu restaurieren und es endlich zu Wasser zu lassen, um Potsdam von der Wasserseite erleben zu können.	Die Verwaltung geht mit den Steuergeldern der Bürger, Selbstständigen und Unternehmern nicht verantwortungsvoll um.
4. Wie haben Sie eigentlich Ihre Wohnung gefunden und wie lange haben Sie danach gesucht?				
Meine vorletzte Wohnung habe im Jahr 2010 ich über ein Inserat einer Internetplattform gefunden. Der gesamte Prozess (Kontaktaufnahme, Besichtigung, Mietvertrag) hat ca. einen Monat gedauert. Seit 2018 suchten wir zudem nach einem bezahlbaren Haus. Diverse Besichtigungen und Angebotsverfahren später hatten wir nach zwei Jahren endlich ein passendes Objekt gefunden und am Ende den Zuschlag erhalten. Seit Anfang 2020 wohnen wir in Bornstedt.	Wie so häufig: Indem ich jemanden kannte bei dem gerade Wohnraum frei wurde. Dieser Weg darf aber nicht der einzige Weg sein. Der Wohnungsmarkt ist angespannt, auch für Menschen mit Durchschnittseinkommen. Genau deshalb setze ich mich für mehr bezahlbaren Wohnraum ein – besonders für Familien, Ältere und junge Menschen.	Bei meinem Zuzug nach Potsdam 2017 habe ich mir 5 Wohnungen angeschaut und auch die gewünschte Wohnung erhalten. Die möglicherweise anstehende Wohnungssuche nach erfolgreicher Wahl macht mir schon Sorge. Ich habe ein gutes Gehalt und werde sicherlich eine Wohnung finden. Aber die Miete sollte in Relation zur Leistung stehen, das erscheint mir immer seltener der Fall.	Ich hatte vor 20 Jahren die Gelegenheit gemeinsam mit anderen Menschen ein Grundstück zu erwerben. Dort haben wir hauptsächlich in Eigenleistung ein Haus gebaut. In dieser Wohnung lebe ich bis heute. Davor habe ich in verschiedenen Stadtteilen zur Miete gewohnt	Gottseidank konnten wir vor einiger Zeit noch relativ günstig Wohneigentum kaufen, heute möchte ich kein Mieter sein, der auf Wohnungssuche in Potsdam ist. Mein Sohn hat aber über 2 Jahre nach einer Wohnung in Potsdam suchen müssen.

5. Wie kann die Stadt in Ihrer Amtszeit gemeinwohlorientiertes Bauen fördern und stärken, um mehr bezahlbaren und lebenswerten Wohnraum zu schaffen und zu sichern?				
Clemens Viehrig CDU	Severin Fischer SPD	Noosha Aubel parteilos	Dirk Harder parteilos für Die Linke	Michael Reichert BVB/Freie Wähler
Für gemeinwohlorientiertes Bauen bräuchte es einer gGmbH und dergleichen, denn weder die ProPotsdam noch die Genossenschaften sind dem Grunde nach gemeinwohlorientiert. Genossenschaften sind als Unternehmensform nur ihren Gesellschaftern, den Genossen, verpflichtet und nicht der Allgemeinheit. Nur wenn die Gesellschafter eines Unternehmens das Gemeinwohl im Blick haben, werden die Wohnungen zu bezahlbaren Mieten angeboten, das ist bei kommunalen, genossenschaftlichen und privaten Eigentümern in der Regel der Fall. Deshalb brauchen wir eine kluge, ideologiefreie Mischung aus Investitionen der öffentlichen Hand, von Genossenschaften und privaten Investoren. Denn nur gemeinsam können wir die Herausforderungen auf dem Wohnungsmarkt bewältigen. Wenn diese genug Wohnungen anbieten können, haben Anbieter, die nur auf Profit aus sind, keine Möglichkeit überteuerte Wohnungen am Markt anzubieten.	Durch Vergabe kommunaler Grundstücke nach Konzeptverfahren statt Höchstpreis, durch aktive Bodenpolitik und durch die Stärkung gemeinwohlorientierter Akteure wie Genossenschaften und die städtische ProPotsdam. Luxussanierungen sollen durch Milieuschutzsatzungen verhindert werden.	Es braucht einen Instrumentenmix. Die „eine“ Lösung gibt es nicht. Bauen wird beschleunigt, Bestände werden geschützt, Flächen intelligenter genutzt und die soziale Wohnungswirtschaft gezielt gestärkt – mit klaren Zuständigkeiten, digitalisierten Verfahren und verbindlichen Absprachen mit der Kommunalpolitik und den Marktakteur*innen. 1. Bauen & Sanieren schneller machen Kultur des Ermöglichens, digitale Verfahren, sinnvolle Aspekte des „Bauturbo“ für bezahlbaren Wohnraum nutzen, verbindliche Beratungs- und Entscheidungsfristen, regelmäßiger Bau-Dialog mit Trägern / Investor*innen 2. Flächen aktivieren Nachverdichtung, Baulücken, Aufstockung Mischnutzung / urbane Quartiere, Höhenbegrenzungen prüfen, Stellplatzsatzung flexibilisieren, Zweckentfremdung konsequent unterbinden 3. Wohnflächen besser nutzen (Wohnsuffizienz) WGs, Mehrgenerationenwohnen und Co-Housing fördern; Umzugs-Support & digitale Tauschbörse 4. Bezahlbarkeit sichern (Bestandsschutz) Milieuschutz, Vorkaufsrecht, Umwandlungsverbot wo möglich umsetzen; Senkung des Betriebskostenanstiegs (Zweite Miete) 5. Fördermittel von Land/Bund offensiv nutzen (klimafreundlicher Neubau, serielles Bauen, Sozialer Wohnungsbau)	Gemeinwohlorientiertes Bauen wird von allem von der ProPotsdam und den Genossenschaften getragen. Reserven liegen im privaten Wohnungsbau. Hier muss der Anteil an bezahlbarem Wohnraum erhöht werden. Die entsprechenden Instrumente dazu sind gemeinsam mit der Stadtverordnetenversammlung zu entwickeln. Zum Beispiel durch den Stopp des Baus von Mikroappartements oder die Schaffung von ausreichenden Planungskapazitäten, um Bauanfragen und B-Pläne schneller zu bearbeiten (Entbürokratisierung, Förderung durch Land und Bund, Anpassung von Förderrichtlinien).	Wie schon erwähnt: Die Mieten müssen bezahlbar sein, darum Pilotprojet mit Bauen nach dem Hamburger Standard, mit dem Bauturbo, möglichst unter genossenschaftlicher Verwaltung, die keine Gewinnabsicht hat und unter zu Hilfenahmen von Fördermitteln, dann könnten auch wieder Mieten von 5-10€/qm möglich werden

		Noosha Aubel (parteilos) 6. ProPotsdam stärken Eigenkapital stabilisieren/erhöhen, Gewinnausschüttungen aussetzen, Fokus auf Kernaufgaben 7. Soziale Wohnungswirtschaft ausbauen Erbbaurecht statt Verkauf; Vorkaufsrechte nutzen; ggf. Kommunalbürgschaften prüfen; Genossenschaften und gemeinwohlorientierte Projekte mit Beratung/Konzeptvergaben stärken; Sozialbindungen ausweiten, gezielt auch in unterversorgten Quartieren. Prüfung neue Wohngemeinnützigkeit/Pilot. Plus: Prävention von Wohnungslosigkeit durch bessere Schnittstellen und niedrigschwellige Angebote. Die Hebel werden kontinuierlich einem Monitoring unterzogen. Bei Bedarf wird um- bzw. nachgesteuert.		Fortsetzung von der Vorseite: Wie kann die Stadt in Ihrer Amtszeit gemeinwohlorien- tiertes Bauen fördern und stärken, um mehr bezahlbaren und lebenswerten Wohnraum zu schaffen und zu sichern?
--	--	--	--	---

6. Wie erhöhen Sie die Aufenthaltsqualität öffentlicher Plätze – bitte nennen Sie drei Plätze und drei konkrete Maßnahmen?				
Clemens Viehrig CDU	Severin Fischer SPD	Noosha Aubel parteilos	Dirk Harder parteilos für Die Linke	Michael Reichert BVB/Freie Wähler
Öffentliche Plätze müssen in Potsdam zum Verweilen einladen. Daher braucht es im gesamten Stadtgebiet mehr „Grün“. Der Alte Markt mit dem Steubenplatz zeigt derzeit, was großflächig versiegelte Flächen für Herausforderungen darstellen. Gerade der Alte Markt könnte mit Pflanzen deutlich aufgewertet werden. Gleichzeitig müssen wir den Steubenplatz zu einer grünen Oase des Verweilens entwickeln. Die Brunnen an Plätzen wie dem Magnus-Zeller-Platz müssen ausreichend gereinigt und im Sommer im Betrieb sein. Gleichzeitig bedarf es an den Plätzen einer guten Pflege und Erhaltung der Sauberkeit, damit die dort vorhandenen Bänke auch wirklich zum Verweilen einladen. Am Johan-Bouman-Platz muss regelmäßig überprüft werden, ob die angestrebten Ziele der Gestaltung erreicht wurden oder eine Überarbeitung im Sinnen der Anwohner erforderlich ist.	Plätze: Bassinplatz, Bahnhofsumfeld, Alter Markt Maßnahmen: • Mehr Sitzgelegenheiten & Begrünung auch für Hitzeschutz • Häufigere Reinigungsintervalle (Bahnhofsumfeld) • Beteiligung der Anwohner:innen bei der Umgestaltung und verbessertes Baustellenmanagement	Zunächst möchte ich alle Anrainer*innen in die Planung einbeziehen und Bedarfe abfragen. Daher sind hier nur erste Ideen möglich. Drei Plätze wären: z. B. Alter Markt, Havelpromenade, Schlaatzter Marktplatz Konkrete Maßnahmen: Barrierefreiheit, attraktive Märkte (Veranstaltungen), Begrünung, Wasserspiele, Trinkwasserbrunnen, Bänke, Smarte Möbel, die zum Verweilen einladen, und ansprechende und langlebige Spielgeräte	Viele der öffentlichen Plätze der Stadt laden nicht zum Verweilen an. Darunter: 1. Kepler-Platz am Stern: Einrichtung von Sitzgelegenheiten, Hochbeete, Sonnenschirmen in Verantwortung der anliegenden Geschäfte 2. Alter Markt: Schaffung von Sitzmöglichkeiten, schattenspendenden Bäumen, Einrichtung eines Trinkbrunnens 3. Lustgarten: Entsiegelung, Pflanzung von klimaresistenten Bäumen und Pflanzen, Schaffung von Möglichkeiten zur aktiven Freizeitgestaltung	Mehr entsiegelte Betonflächen ersetzt durch Grünflächen, mit schattenspendenden Bäumen, ggf. Wasserspender, viele Bänke zum Sitzen.

7. Wie schaffen Sie für den Breitensport und die gewachsene Bevölkerungsdichte mehr Angebote bzw. wie kommunizieren Sie diese?				
Clemens Viehrig CDU	Severin Fischer SPD	Noosha Aubel parteilos	Dirk Harder parteilos für Die Linke	Michael Reichert BVB/Freie Wähler
Wir müssen die bestehenden Angebote des Stadtsportbundes Potsdam stärken, denn er ist unverzichtbar für die Arbeit im Sportbereich. Er war es u.a., der durch viel Eigeninitiative das Tool „Finde deinen Sport“ etabliert hat. Hier müssen wir weiter ansetzen und in der Verwaltung endlich die CDU-Initiative für eine Online-Sportstätten-Buchungstool umsetzen. Zugleich müssen wir die effektivste Sportförderung in der Landeshauptstadt auf sichere Füße stellen: die kostenfreie Nutzung unserer Sportstätten. Insgesamt fehlen in Potsdam weitere Sportstätten für den organisierten/ nicht organisierten Breitensport. Die Sportstätte an der Kirschallee konnten wir gerade gemeinsam sanieren. Aktuell ist die Entwicklung einer Sportstätte an der Amundsenstraße im Prozess sowie die Entwicklung eines Skate-Parks unter der Nutheschneelstraße. Gleichzeitig müssen wir jedoch die vielen kleinen Sportmöglichkeiten erhalten, pflegen und möglichst weiter ausbauen.	Mehr Angebote: Durch die Umsetzung der Sportentwicklungsplanung, die Sanierung bestehender Anlagen und neue Multifunktionsflächen Kommunikation: über städtische Plattformen, Vereinspartnerschaften und Beteiligungsformate, insbesondere auch für Jugendliche	Breitensport stärken – Infrastruktur ausbauen: >>> Schaffung weiterer wettkampffähiger Sportflächen. Sportflächen müssen bei allen Flächennutzungs- und Bebauungsplänen konsequent mitgedacht werden. >>> Rettung und Erhalt bestehender Flächen, wie z. B. dem Sportplatz ESV Lok Potsdam an der Berliner Straße >>> Auch bei Widerstand Einzelner dürfen neue Sportflächen nicht verhindert werden. (Fokus auf das Gemeinwohl) >>> Kompetenz des Stadtsportbundes konsequent bei Planungen nutzen >>> Bei Neubau von Infrastruktur konsequent klimarelevante Aspekte berücksichtigen (Versickerung, PV-Anlagen, Regenwasserzisternen etc.) Nichtorganisierten Sport ermöglichen: Nicht jeder Sport findet im Verein statt – Bewegungsräume im öffentlichen Raum sind unverzichtbar. Wohnortnahe, offene Sport- und Bewegungsflächen in allen Stadtteilen – von der Streetballfläche bis zur Outdoor-Fitnessanlage. Die Outdoorflächen sollen sicher, beleuchtet und gepflegt sein. Breitensportveranstaltungen im öffentlichen Raum werden aktiv gefördert – z. B. durch Befreiung von Sondernutzungsgebühren. Die Angebote müssen proaktiv auf den unterschiedlichen Kanälen (Homepage, Stadtsportbund, Newsletter, in Bildungseinrichtungen etc.) kommuniziert werden. Bei der Schaffung neuer Angebote muss eine frühzeitige Beteiligung der Stakeholder erfolgen.	In Potsdam gibt es vielfältige Möglichkeiten der sportlichen Betätigung. Reserven liegen in der stärkeren Nutzung natürlicher Gegebenheiten zum Laufen, Joggen, Radfahren. Die Wege sind den Anforderungen entsprechend auszugestalten. Die weitere Öffnung von Schulsportplätzen und -höfen am Nachmittag und Abend muss schneller vorangetrieben werden. In der Sportverwaltung sollte es eine Ansprechpartner/in für das signalisieren von Bedarfen geben.	Trotz kritischer Haushaltslage muss die Förderung hier konstant bleiben, das Ehrenamt muss gestärkt und mehr beworben und unterstützt werden.

8. Wie schützen Sie die BewohnerInnen und BesucherInnen der Stadt vor extremen Wetterverhältnissen? Welche Hitzeschutz-Maßnahmen erachten als sinnvoll und wie werden Sie den wirksamen Katastrophenschutz in Potsdam gewährleisten?				
Clemens Viehrig CDU	Severin Fischer SPD	Noosha Aubel parteilos	Dirk Harder parteilos für Die Linke	Michael Reichert BVB/Freie Wähler
Katastrophenschutz in Potsdam Wir sind in Potsdam, auch Dank einer guten Berufsfeuerwehr, der Freiwilligen Feuerwehr und weiteren Blaulicht-/Hilfsorganisationen gut aufgestellt. Um die Leistungsfähigkeit im Zivilschutz weiter zu erhöhen, möchte ich die Planung eines Feuerwehrrübungsplatzes und Katastrophenschutzentrums in Potsdam vorantreiben. Denn wir müssen uns immer vor Augen halten, dass neben der Vorbereitung durch die Landeshauptstadt, die eigene Vorsorge der beste Schutz für die Potsdamerinnen und Potsdamer ist. U.a. haben wir auf Initiative der CDU die Sireneninfrastruktur verbessert. Zudem haben wir gerade mit den 16 Standorten der Katastrophenschutz Leuchttürme (KatS-Lt) einen weiteren wichtigen Schritt getätigt. Die 16 Standorte sind öffentliche Einrichtungen, die im Krisenfall – insbesondere bei einem Blackout – als zentrale Anlauf- und Informationsstellen für die Bevölkerung dienen sollen. Wir müssen jedoch dafür sorgen, dass die Potsdamerinnen und Potsdamer präventiv mit den Alarmierungselementen sowie eigenen Möglichkeiten vertraut gemacht werden. Hierbei sind auch die verschiedenen Warn-Apps eine wichtige Informationsquelle (NINA als offizielle Warn-App des Bundes oder KATWARN als zusätzliche Informationsquelle). Gleichzeitig bietet das Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK) eine Checkliste,	Sinnvolle Maßnahmen: >>> Stärkere Begrünung öffentlicher Flächen sowie mehr Wasserflächen & Trinkbrunnen, Hitzeschutzpläne für vulnerable Gruppen, Entsiegelung zur Entwicklung einer Schwammstadt Katastrophenschutz: >>> wird mit der Feuerwehr, dem THW und Ehrenamtlichen gestärkt – mit klaren Kommunikationswegen und digitaler Info-Infrastruktur	Der Zivil- und der Katastrophenschutz gewinnen angesichts der angespannten internationalen Lage und der Auswirkungen des Klimawandels immer mehr an Bedeutung. Die Thematik ist komplex und bedarf verschiedener Ansätze. Dazu zählen: >>> Fortschreibung der Katastrophenschutzpläne mit dem Fokus auf ein integriertes Vorsorge-, Krisen- und Risikomanagement. In den Katastrophenschutzplänen müssen unterschiedliche Krisenszenarien beleuchtet werden. Dazu zählt standardmäßig auch die Stärkung der Selbsthilfefähigkeit der Bevölkerung. >>> Die Digitalisierung muss vorangetrieben werden, um die Interoperabilität der Systeme sicherzustellen. Die Befähigung von Einsatzkräften und regelmäßige Übungen gehören ebenfalls dazu. >>> Neben der Feuerwehr gibt es ein Krisenteam: eine kleine, agile Einheit, welche sich in Kooperation mit Feuerwehr und Gesundheitsamt konsequent auf die unterschiedlichen Katastrophenszenarien vorbereitet. Hierzu werden die Fort- und Weiterbildungen auf Landes- und Bundesebene besucht, die Literatur und Studienlage ausgewertet und in kommunale Planungen und idealerweise digitale Workflows umgesetzt. Hitzeschutz: Kommunalen Hitzeaktionsplan auf der Basis der aktuellen Erkenntnisse ständig aktuell	Die Forderung nach mehr Trinkbrunnen habe ich bereits öffentlich gestellt. Die dafür notwendigen finanziellen Ressourcen sind bereit zu stellen, auch in engerer Zusammenarbeit mit kommunalen Unternehmen und öffentlichen Einrichtung. Eine weitere Maßnahme: Sonnenschutz an Haltestellen, dafür müssen erneut Gespräche mit der Firma WALL geführt werden. Gemeinsam mit Unternehmen, Händlern und Gewerbetreibenden ist ein System zu schaffen in dem Bürger/innen und Besucher/innen auf Orte hingewiesen werden, an denen sie kostenfrei Trinkwasser erhalten. Neben der Wiedereinrichtung des städtischen Hitzetelefon ist auch die Schaffung von Hitzeschutzräumen mit entsprechender Ausstattung und Information der Bürger:innen darüber ist ein Anliegen.	Wie schon erwähnt: Mehr entsiegelte Betonflächen ersetzt durch Grünflächen, mit schattenspendenden Bäumen, ggf. Wasserspender, Viele Bänke zum Sitzen, gottseidank hatten wir in Potsdam noch keine Katastrophe und ich erwarte dies auch nicht.

Clemens Viehrig (CDU) welche wertvolle Hinweise zu Vorräten, Notfallplänen und nützlichen Ausstattungen für den Ernstfall gibt. Naturereignisse/ Hitzeschutz Der Schutz der Potsdamer Bevölkerung vor extremen Naturereignissen ist eine wichtige Aufgabe der Stadt. Dabei spielt der Katastrophenschutz eine herausragende Rolle für alle Extremereignisse. Diesen werde ich stärken. Wichtig ist mir dabei, zusammen mit Experten (Stadtverwaltung, Katastrophenschutz, Feuerwehr, Polizei, Ärzten, Lehrern ...), Unternehmen, Institutionen, Bevölkerung und Ehrenamtlern konkrete Maßnahmen für Stadtteile und Einrichtungen/Institutionen weiter zu entwickeln. Wie gehe ich vor? - Ich führe die Genannten zusammen und werde existierende Pläne/ Grundlagen, insbesondere der KRITIS (Strom, Wasser, Gesundheitseinrichtungen, Lebensmittelversorgung), überprüfen und weiterentwickeln. Es werden allgemeine Gefährdungen (Starkregen, Schnee/Kälte, Hitze, Sturm) in besonders gefährdeten Aspekten bearbeitet. Beispiel Starkregen: Wir kennen Straßen, Plätze, Gebäude die bei Starkregen überflutet werden können. Hierfür müssen für diese konkreten Orte durch die Stadtverwaltung, Feuerwehr, KatSchutz und Anlieger Lösungen erarbeitet werden. Es können auch vermeintlich kleine Maßnahmen wichtig sein, z.B. häufigeres Reinigen von Gullis an gefährdeten Straßen, Plätzen.		Noosha Aubel (parteilos) halten. Fokus auf die folgenden 8 standardisierten Schwerpunkte: >>> Zentrale Koordinierung und interdisziplinäre Zusammenarbeit >>> Nutzung eines Hitzewarnsystems >>> Information und Kommunikation >>> Reduzierung von Hitze in Innenräumen >>> Besondere Beachtung von Risikogruppen >>> Vorbereitung der Gesundheits- und Sozialsysteme >>> Langfristige Stadtplanung und Bauwesen >>> Monitoring und Evaluation der Maßnahmen Notwendig sind bauliche, planerische und gesellschaftliche Maßnahmen. Ziel ist es, städtische Wärmeinseln zu reduzieren und das Mikroklima zu verbessern. Im Gebäudebereich kommen passive Hitzeschutzstrategien, wie gut gedämmte Hüllen, außenliegender Sonnenschutz, helle Fassaden und Gebäudebegrünung zum Einsatz. Ergänzt wird dies durch natürliche Belüftung und Sonnenschutzverglasung – vor allem bei Neubauten und Sanierungen. Im öffentlichen Raum sorgen Begrünung, Wasserflächen, helle Beläge und Entsiegelung für Kühlung und bessere Luftzirkulation. Besonders frequentierte Orte, wie Schulhöfe oder Plätze, werden so gezielt aufgewertet. Zudem werden Bürger*innen über Gesundheitsrisiken bei Hitze informiert. Besonders gefährdete Gruppen und öffentliche Einrichtungen erhalten Unterstützung bei Schutzmaßnahmen wie Verschattungen und Trinkwasserangeboten.		Fortsetzung von der Vorseite: Wie schützen Sie die BewohnerInnen und BesucherInnen der Stadt vor extremen Wetterverhältnissen? Welche Hitzeschutz-Maßnahmen erachten als sinnvoll und wie werden Sie den wirksamen Katastrophenschutz in Potsdam gewährleisten?
---	--	---	--	---

Clemens Viehrig (CDU) Beispiel Hitzeschutz: Was benötigen alle Bürger, aber insbesondere vulnerable Gruppen (Alte, Kranke, Kinder, ...) konkret und an welchen Orten? z.B. Krankenhäuser, Schulen, KITAS. Stichworte: Klimaanlage, Bäume, künstliche Beschattungen, Brunnen, Wasserstellen oder temperierte Räume für die Bevölkerung. Hierfür sollten wir v.a. die Erfahrungen von südeuropäischen Städten nutzen. Ergänzt werden die Präventionsmaßnahmen durch speziell auf Potsdam ausgerichtete Flyer, Infoveranstaltungen, Weiterbildung der Mitarbeiter der Stadt, Motivation und Gewinnung von Ehrenamtlern sowie deren Weiterbildung und Zusammenarbeit mit Nachbarkommunen und Kreisen.				Fortsetzung von der Vorseite: Wie schützen Sie die BewohnerInnen und BesucherInnen der Stadt vor extremen Wetterverhältnissen? Welche Hitzeschutz-Maßnahmen erachten als sinnvoll und wie werden Sie den wirksamen Katastrophenschutz in Potsdam gewährleisten?
--	--	--	--	---

9. Laut „Gewerbemieten-Service 2024“steigen Ladenmieten weiter. Welche Instrumente setzen Sie ein, um bezahlbare Flächen für KMU zu sichern?				
Clemens Viehrig CDU	Severin Fischer SPD	Noosha Aubel parteilos	Dirk Harder parteilos für Die Linke	Michael Reichert BVB/Freie Wähler
Steigende Gewerbemieten sind auch in Potsdam eine Herausforderung. Insbesondere wenn die Mieten stärker als die allgemeine Inflation ansteigen. Ich werde mich dafür einsetzen, dass weitere Flächen für Gewerbeimmobilien ausgewiesen bzw. bestehende Flächen nicht umgewidmet werden. Nur damit wird es uns gelingen, ein attraktives und breites Angebot zu schaffen. Zugleich müssen wir unsere bestehenden Konzepte in regelmäßigen Abständen evaluieren und auf die neuen Herausforderungen anpassen. Für die Potsdamer Innenstadt möchte ich gemeinsam mit der Wirtschaftsförderung und den Unternehmerinnen und Unternehmern einen Citymanager etablieren. .	>>> Aktive Gewerbeflächenentwicklung >>> Konzeptvergabe statt Höchstpreisverfahren >>> Zwischennutzungskonzepte und Gewerberaummanagement >>> Gezielter Dialog mit Eigentümern von gewerblich genutzten Flächen	Die Mieten werden durch die privaten Immobilienbesitzer*innen und durch die Nachfrage, also durch den freien Markt, bestimmt. Zielführend ist, die Kommunikation mit den Immobilienbesitzer*innen für eine gemeinschaftliche, weiter erfolgreiche Entwicklung der (Innen-)Stadt zu suchen bzw. zu intensivieren. Hierzu gehören auch gemeinsame Überlegungen, wie ein qualitätsvoller Angebotsmix aussehen könnte. Wünschenswert wäre hierfür die Einrichtung eines Potsdamer Innenstadt-Managements.	Die Höhe der Ladenmieten ist durch einen Oberbürgermeister nicht unmittelbar zu beeinflussen. Hier greift der Mechanismus von Angebot und Nachfrage. Aber, trotz leerstehender Gewerbeflächen ist eine Absenkung der Mieten durch die Eigentümer eher die Ausnahme. Es braucht mehr Engagement der Eigentümer/Vermieter für eine lebendige Innenstadt. Wichtig auch in diesem Zusammenhang ist das Engagement der Gewerbetreibenden selbst durch Selbstorganisation. Das Instrument eines „Gewerbemietendeckels“ ist auf Rechtssicherheit zu prüfen. Denkbar ist für mich ein Forum „Gewerbemieten“ mit dem Ziel Mietsteigerungen, vor allem in der Innenstadt zu begrenzen, einzurichten. So den wird der kleinteilige Einzelhandel gestärkt. Die Gewerbemieten bei den kommunalen Gesellschaften für Handwerker:innen und kleine Gewerbetreibende müssen gedeckelt werden.	Hier regiert die freie Marktwirtschaft den Immobilienmarkt mit Angebot und Nachfrage, in die ich mich als Oberbürgermeister nicht einmischen möchte. Dennoch kann die Stadt Anreize schaffen, das mehr bezahlbare Flächen für KMU zur Verfügung steht. Ein erhöhtes Angebot würde dann zu Preissenkungen führen.

10. Welche konkreten Maßnahmen planen Sie zur Förderung kleiner und lokaler Unternehmen sowie von Startups mit technologieorientierten Geschäftsmodellen?				
Clemens Viehrig CDU	Severin Fischer SPD	Noosha Auel parteilos	Dirk Harder parteilos für Die Linke	Michael Reichert BVB/Freie Wähler
Ich werde mich dafür einsetzen, dass die letzte Erhöhung der Gewerbesteuer rückgängig gemacht wird. Potsdam ist als Wirtschaftsstandort nur gefragt, wenn er gegenüber dem Umland und Berlin attraktiv bleibt. Denn ein Plus an Gewerbesteuereinnahme ist nur von kurzer Dauer, wenn dadurch die Standortattraktivität leidet. Auch die im 2025iger Haushalt vorgenommen Kürzungen im Bereich der Wirtschaftsförderung müssen wir kritisch hinterfragen, wenn wir eine attraktive und zukunftsfähige Wirtschaftsförderung am Standort haben wollen. Zugleich müssen wir das GO:IN als Perle für Potsdam begreifen. Gemeinsam mit dem Science Park gilt es, das Serviceangebot der Wirtschaftsförderung zu stärken. Wir brauchen in Zukunft noch bessere und konkretere Pakete für technologieorientierte Start-ups. Zugleich bin ich überzeugt, dass die aufgestockte Filmförderung des Bundes unserem MediaTech Hub (das Einzige in ganz Deutschland) einen weiteren Schub gibt. Insofern müssen wir auch vor Ort die Voraussetzungen schaffen, um weitere Ansiedelungen zu ermöglichen.	>>> Förderung von Innovationszentren (z. B. im Umfeld von Forschungseinrichtungen) und gezieltes Management >>> Beratungs- und Förderangebote über eine gestärkte Wirtschaftsförderung >>> Ausbau von Kooperationsräumen und Netzwerken mit Hochschulen >>> Überprüfung von Steuern und Abgaben	Potsdam unterstützt KMUs und Startups seit vielen Jahren. Hierzu gehören die Bereitstellung von Räumlichkeiten in insgesamt fünf Technologie- und Gewerbezentren (Gründerzentren) sowie in Handwerker- und Gewerbehöfen (13 Einheiten). In enger Kooperation mit den Kammern und Verbänden sowie den zahlreichen wissenschaftlichen Einrichtungen in Potsdam gibt es ein breites Angebot an kostenfreien Informations-, Veranstaltungs- und Beratungsangeboten (siehe auch „Gründerforum Potsdam“ bzw. www.gruenden-in-potsdam.de). Ergänzend würde ich die Unternehmen befragen, was ihre Vorstellungen und Ideen sind. Diese müssen dann auf Umsetzbarkeit und Finanzierbarkeit geprüft werden.	Die kleinen und lokalen Unternehmen sowie Startups können vor allem durch die jeweils zuständigen Bereiche in der Stadtverwaltung gestärkt werden: Wirtschaftsförderung, Gewerbe- und Bauamt, ggf. Ordnungsamt. Standortsuche/-findung und Hilfe bei der Antragstellung, Lotsendienst mit Einstiegsberatung, Workshops, Einzelcoachings und GründerService Potsdam (IHK, HK, Stadt) sind konkrete Instrumente zur Förderung kleiner, mittlerer und junge Unternehmen. Es ist zu prüfen, ob diese Instrumente zeitgemäß sind, dem tatsächlichen Anspruch entsprechen und personell ausreichen ausgestattet sind. Die Stärkung der Attraktivität des Wirtschaftsstandortes Potsdam durch Regulierung der Mietpreise, den Ausbau des ÖPNV und eine bedarfsgerechte Wirtschaftsförderung (online und niedrigschwellig) werde ich anpacken.	Die Stadt sollte zusammen mit privaten Investoren einen Fördertopf „Risikokapital“ insbesondere für Startups neu ins Leben rufen, um mehr Startups in Potsdam zu ermöglichen. Das große Vorbild sind hier die USA.

11. Wie wollen Sie die Gewerbesteuer-Hebesätze in den nächsten fünf Jahren gestalten, um Einnahme- und Planungssicherheit zu kombinieren und hat dies eine Senkung oder Erhöhung der aktuellen Steuerbelastung des Spitzensatzes zur Folge?				
Clemens Viehrig CDU	Severin Fischer SPD	Noosha Auel parteilos	Dirk Harder parteilos für Die Linke	Michael Reichert BVB/Freie Wähler
Wie bereits ausgeführt, sollte der Steuersatz für die Gewerbesteuer gesenkt werden, damit Potsdam ein attraktiver Standort bleibt. Mit mehr Wirtschaft, die erfolgreich ist, wird es letztlich auch mehr Steuereinnahmen geben. Denn die Erhöhung der Gewerbesteuer ist nur ein kurzfristiger Effekt und wirkt sich als Standortnachteil aus.	Die zuletzt erfolgte Erhöhung muss überprüft und wenn möglich zurückgenommen werden, sofern es die finanziellen Spielräume zulassen. Ziel ist Planungssicherheit für Unternehmen und eine verlässliche Haushaltsgrundlage für die Stadt. Potsdam sollte nicht den höchsten Satz in der Region haben.	Potsdam (470 %) liegt über Berlin (410 %) und deutlich über den meisten Umlandgemeinden (320–360 %), mit Ausnahme von Brandenburg a. d. Havel (450 %). Damit ist Potsdam im regionalen Vergleich am oberen Ende. (Daten laut ChatGPT). Für margenempfindliche Branchen ist das ein Kostenargument gegen Potsdam, das durch andere Standortvorteile (Arbeitsmarkt, Cluster, Infrastruktur, Verwaltungsgeschwindigkeit) kompensiert werden muss. Die aktuellen weiteren Erhöhungen des Gewerbesteuer-Hebesatzes (und der Bettensteuer) bergen besonders in der momentanen wirtschaftlichen Situation insgesamt erhebliche Risiken für die weitere wirtschaftliche Entwicklung und damit auch für die kommunale Einnahmesituation. Die Auswirkungen durch Anhebung oder Senkung der Hebesätze müssen in fachlichen und transparenten Diskussionen erörtert werden. Das ist bislang nicht erfolgt und würde durch mich forciert werden.	Zu dieser Fragestellung muss ich mich intensiv mit dem Folgenden einer Erhöhung der betreffenden Steuer beschäftigen und fachliche Expertise einholen. Eine pauschale Antwort wäre meines Erachtens wäre unseriös.	Ich strebe deutliche Einsparungen in der Verwaltung und Bürokratie an und würde einen Teil dieser freigewordenen Gelder auch gerne für die Senkung der Gewerbesteuer verwenden.

12. Wie reduzieren Sie den Leerstand von Büros und Gewerbe, erleichtern die Umnutzung baurechtlich und ermöglichen unkompliziert Zwischennutzungen?				
Clemens Viehrig CDU	Severin Fischer SPD	Noosha Aubel parteilos	Dirk Harder parteilos für Die Linke	Michael Reichert BVB/Freie Wähler
Umnutzungen von Gewerberaum muss im Rahmen der baurechtlichen Möglichkeiten von der Verwaltung möglichst positiv begleitet werden. Die Verwaltung sollte bei baurechtlichen Hindernissen nicht nur ablehnen, sondern gemeinsam mit dem Unternehmer nach Lösungen suchen. Leerstand lässt sich nur durch größere Nachfrage senken, daher verbessern wir die Wirtschaftsförderung, um die Nachfrage zu erhöhen. Die baurechtlichen Änderungen auf Bundesebene werde ich schnellstmöglich in Potsdam einführen, um damit schneller bauen zu könne, und schneller notwendige Nutzungsänderungen vorzunehmen.	>>> Einführung eines Leerstandsmanagements >>> Baurechtliche Erleichterungen für temporäre Umnutzung >>> Kooperation mit Eigentümerinnen und Eigentümern zur Zwischennutzung von Leerstand	Die Kommune hat keinen unmittelbaren Einfluss auf Leerstand in Immobilien, welche sich in privater Hand befinden. Es besteht jedoch ein mittelbarer Einfluss, welchen es bestmöglich zu nutzen gilt. Hierfür biete sich ein digitales Leerstands- und Ansiedlungsmanagement an. Ein Gewerbeleerstandskataster dient der systematischen Erfassung leerstehender Flächen, inkl. Lage, Größe, Eigentümerdaten, Zustand. Hierfür gibt es bereits Plattformen, welche explizit für Innenstädte in Kommunen entwickelt wurden (bspw. LeAn). Über diese kann datenbasiert ein vorausschauendes Ansiedlungsmanagement im gemeinsamen Dialog von Kommune, Immobilienwirtschaft, Anbieter*innen und potenziellen Nutzenden erfolgen. Dies ermöglicht den Gewerbeimmobilienmakler*innen und potenziell Nutzenden einen zielgerichteten, beschleunigten Akquisitionsprozess. Ergänzt werden kann eine solche Plattform über Quartiersgespräche mit Eigentümer*innen, um deren Bedarfe zu eruieren. Das Innenstadtmanagement übernimmt koordinative Funktionen und berät Eigentümer*innen, u. a. indem sie aktiv auf Fördermöglichkeiten im Bereich Sanierung und Städtebauförderung hingewiesen werden.	Umnutzung von Büroflächen in günstigen Wohnraum ist eine Aufgabe, die wir uns in den nächsten Jahren anhand der bestehenden baurechtlichen Vorgaben anschauen müssen. Ohne entsprechende Förderung von Land und Bund können aus der Umnutzung leerstehender Bürogebäude keine bezahlbaren Wohnungen entstehen.	Der Leerstand von Büros richtet sich im Wesentlichen nach marktwirtschaftlichen Kriterien wie Angebot und Nachfrage. Eine effizientere Verwaltung, die schneller entscheidet und sich als Dienstleister auch für das Gewerbe sieht, kann hier schnelle Umnutzungen und Zwischennutzungen entscheiden und realisieren

13. Die Wirtschaftsförderung ist laut „potsdam.de“ zentrale Anlaufstelle, Antworten dauern aber teils mehr als 10 Tage. Bis wann sichern Sie ein 48-h-Service-Level und welche SelfService-Funktionen werden ergänzt?				
Clemens Viehrig CDU	Severin Fischer SPD	Noosha Auel parteilos	Dirk Harder parteilos für Die Linke	Michael Reichert BVB/Freie Wähler
Ich werde die Wirtschaftsförderung im Bereich des Oberbürgermeisters einordnen und personell so aufstellen, dass Anfragen zügig bearbeitet werden können. Die Verbesserung der internen Abläufe des Bereichs der Wirtschaftsförderung hat für mich hohe Priorität.	Ziel: >>> 48-Stunden-Antwortzeit bis spätestens 2026 Ergänzt durch: >>> Online-Terminbuchung >>> digitale Statusabfragen >>> zentrale Ansprechstelle mit klarer Zuständigkeit	Dies ist schwerlich aus der Distanz seriös zu beantworten. Es bedarf zunächst einer Analyse des Leistungsportfolios der Wirtschaftsförderung, Stand heute, und der damit einhergehenden Prozesse. Parallel müssen die Bedarfe der Gewerbetreibenden aufgenommen werden. Dies übereinandergelegt zeigt (auch digitale) Optimierungspotentiale und mündet in ein stimmiges und realisierbares Konzept. Das Konzept muss auf Finanzierbarkeit überprüft und sofern gegeben implementiert werden. Zielstellung wäre in 2026 dazu auskunftsfähig zu sein.	Wie lange die Bearbeitung eines Anliegens dauert, ist von Fall zu Fall unterschiedlich. Über die Dauer Bearbeitung ist ebenfalls von Fall zu Fall entscheiden.	Ein 48-h-Service-Level wird innerhalb der ersten 100 Tage meiner Oberbürgermeisterschaft fest etabliert. SelfService-Funktionen sind in dieser Zeit gemeinsam mit dem Gewerbe an deren Bedürfnisse auszurichten und zu entwickeln und schnell zu realisieren.

14. Wie möchten Sie die digitale Kommunikation und Genehmigungsprozesse in der Stadtverwaltung für Unternehmen verbessern und welche (drei) Maßnahmen planen Sie zur Entbürokratisierung?				
Clemens Viehrig CDU	Severin Fischer SPD	Noosha Aubel parteilos	Dirk Harder parteilos für Die Linke	Michael Reichert BVB/Freie Wähler
Die Digitalisierung ist ein weiterer wichtiger Baustein für eine wirtschaftsfreundliche Verwaltung. Dies muss zügig umgesetzt und verbessert werden. Sonderregeln und Anforderungen, die Potsdam über bundes- und landesrechtliche Vorschriften hinaus für die Unternehmen aufgestellt hat, müssen überprüft und gegebenenfalls abgeschafft werden. Auch Änderungen der entsprechenden Bundes- und Landesgesetze können den Prozess vorantreiben. Hier laufen aktuell auch Untersuchungen. Spielraum bei der Anwendung von Vorschriften sollte dabei unternehmerfreundlich ausgelegt werden. Dies betrifft beispielsweise die Anmeldung von Unternehmen in Shared Workplaces. Zugleich müssen wir Abläufe und Prozesse in einzelnen Bereichen analysieren und Optimierungsmöglichkeiten erkennbar machen. Hier können wir dann ansetzen, um weitere Verbesserungen voranzutreiben. Zugleich müssen wir intern überprüfen, wie wir aus dem erfolgreichen KI-Pilotprojekt in der Wohngeldstelle Schlüsse für andere Prozesse in der Stadtverwaltung ziehen können.	Drei Maßnahmen: >>> Einführung eines digitalen Unternehmensportals >>> Ausbau des E-Government-Angebots (z. B. Anträge, Zahlungen, Nachweise) >>> Schulungen und Personalstärkung in Schlüsselbereichen	Prüfen, welche Genehmigungsprozesse am meisten Zeit in Anspruch genommen und am häufigsten genutzt werden. Danach wird die Umsetzung der Digitalisierung priorisiert.	Ein wirksames Instrument zur Entbürokratisierung ist das „virtuelle Bauamt“. Dieses muss nach dem Online-Zugangsgesetz (OZG) durch das Land Brandenburg finanziert und durch die Digitalagentur Brandenburg koordiniert werden. Hier werde ich auf die Landesregierung zugehen. Des Weiteren ist die bereits beschlossene Open-Source-Strategie der LHP anzuwenden. Zu Vereinfachung der Verwaltungsprozesse muss die E-Akte weiter ausgebaut werden.	Vermehrte Digitalisierung wie sie schon in anderen Städten umgesetzt ist, so dass der Bürger und Unternehmer gar nicht mehr auf das Amt kommen muss, sondern online am PC vieles erledigen kann. Die derzeitige exponentielle Entwicklung im Bereich der KI wird hier ebenfalls zunehmend wichtiger.

15. Welche Sanktionsmechanismen greifen, wenn Fachbereiche ihre Zahlungsziele an Lieferanten überschreiten – und wer kontrolliert das?				
Clemens Viehrig CDU	Severin Fischer SPD	Noosha Auel parteilos	Dirk Harder parteilos für Die Linke	Michael Reichert BVB/Freie Wähler
Ich möchte unterstellen, dass die Stadtverwaltung versucht in jedem einzelnen Fall die Zahlungsziele einzuhalten. Um die Steuermittel wirtschaftlich und sparsam einzusetzen wird darauf geachtet Skontomöglichkeiten in der gegebenen Frist zu ziehen. Wenn sich jedoch Nachfragen zu Lieferungen und Dienstleistungen ergeben, kann das Zahlungsziel ggf. nicht immer gehalten werden. Eine genaue Prüfung der eingehenden Rechnungen ist auch hier Voraussetzung für einen wirtschaftlichen Umgang mit Steuermitteln. Zu prüfen ist, inwieweit durch neuere IT-Lösungen Abläufe verkürzt werden können.	Verstärktes internes Controlling mit Rechenschaftspflicht, bei häufiger Verspätung, auch für die Verwaltung muss gelten: verlässliche Zahlungsfristen sind nicht optional.	Bevor über Sanktionen nachgedacht wird, gilt es nach den Ursachen zu forschen. Zudem muss geklärt sein: Handelt es sich um Einzelfälle oder ist ein System zu erkennen? Vor diesem Hintergrund gilt es, Maßnahmen zu treffen. In Zeiten digitaler Rechnungseingänge und digitaler Workflows sollten säumige Zahlungen der Vergangenheit angehören. Hier muss, sofern es sich um ein strukturelles Problem handelt, im Workflow konsequent nachgesteuert werden.	In der LHP gibt es ein engmaschiges Kontrollsystem zur Einhaltung von Zahlungszielen. Bei doch eintretenden Überschreitungen ist nach den Ursachen zu suchen. Kontrolliert werden fristgerechte Zahlungen durch das zentrale Controlling der Stadt und der einzelnen Geschäftsbereiche.	Verzugszinsen und Mahnkosten, wie im normalen Geschäftsleben auch, sofern das extreme und häufige Ausmaße annimmt und Unternehmen in wirtschaftliche Schwierigkeiten bringt ggf. Austausch der Leitungsfunktion im zuständigen Fachbereich.

16. Welche drei Beteiligungsgesellschaften werden in Ihrer Amtszeit einer Wirtschaftlichkeitsprüfung unterzogen, um beispielsweise Dividenden an den Kernhaushalt zu erhöhen?				
Clemens Viehrig CDU	Severin Fischer SPD	Noosha Auel parteilos	Dirk Harder parteilos für Die Linke	Michael Reichert BVB/Freie Wähler
Unternehmen mit städtischer Beteiligung sollten stets im Sinne der Bürger der Stadt wirtschaften. Die Erzielung von Gewinnen kann also nur dann Ziel sein, wenn dadurch die Bürger nicht zusätzlich belastet werden. Die Überprüfung der Wirtschaftlichkeit ist aber auch dafür wichtig, damit diese Unternehmen ihre Leistungen für die Bürger zu guten Konditionen anbieten können, denn gerade bei den Wohnnebenkosten wie Müll, Straßenreinigung, Winterdienst, Wasser, Abwasser, Fernwärme oder Strom wirkt sich schlechtes Wirtschaften unmittelbar zu Ungunsten der Bürger aus, so dass eine Überprüfung der entsprechenden Unternehmen erforderlich ist. Deshalb werden die städtischen Gesellschaften durch Wirtschaftsprüfer jährlich bewertet. Aufgabe der jeweiligen GF ist es dort enthaltene Feststellungen zu berücksichtigen, um die Ergebniszahlen zu verbessern. Das Beteiligungsmanagement der LHP begleitet dies umfänglich. Wenn auch unter dieser Prämisse Gewinne erzielt werden können, um den städtischen Haushalt zu entlasten oder den ÖPNV mitzufinanzieren, ist das natürlich anzustreben. Im Stadtwerkeverbund gibt es jedoch nur zwei Unternehmen (EWP, STEP) die einen Gewinn erwirtschaften, welcher im Querverbund den Stadtwerkeverbund stützt. Zugleich stützt die Landeshauptstadt mit einem größeren Millionenbetrag den Stadtwerkeverbund, um den ÖPNV oder	Alle städtischen Gesellschaften müssen im Rahmen ihres jeweiligen Tätigkeitsgebietes verantwortungsvoll wirtschaften. Dabei gibt es unterschiedliche Zielstellungen. Im Krankenhaus steht die Gesundheitsvor- und versorgung im Mittelpunkt. Beim Verkehrsbetrieb geht es um gute Mobilitätsangebote, die es nicht kostendeckend gibt. Bei der Stadtentsorgung dürfen Gebühren maximal kostendeckend sein. Zugleich wollen wir, dass überall möglichst wirtschaftlich gearbeitet wird. Wirtschaftlichkeit und Qualitätssicherung gehören stets zusammen.	Dies kann erst seriös nach eingehender Prüfung bewertet werden.	Kommunale Unternehmen/Beteiligungsgesellschaften sind verpflichtet sich einer jährlichen Wirtschaftsprüfung zu unterziehen. Die Ergebnisse sind durch den jeweiligen Aufsichtsrat zu beschließen. Die Ergebnisse der jeweiligen Wirtschaftsprüfungen finden sich im öffentlich zugänglichen Beteiligungsbericht der Stadt. Mehrheitlich politischer Wille ist es, Erträge kommunaler Unternehmen nicht in den Haushalt der Stadt zu geben, sondern sie zur Stärkung der Unternehmen (Investitionen) zu nutzen. Die kommunalen Unternehmen bilden somit einen steuerlicher Querverbund zur Finanzierung der öffentlichen Daseinsvorsorge. So sichern z.B. Erträge der EWP die Bäderbetriebe und VIP.	• ProPotsdam GmbH • Stadtwerke Potsdam GmbH • Klinikum Ernst von Bergmann gGmbH • Energie und Wasser Potsdam GmbH • ViP Verkehrsbetrieb Potsdam GmbH

Clemens Viehrig (CDU) die Potsdamer Bäder am Laufen zu halten. Innerhalb des Stadtwerkeverbundes sind Dividendenerhöhungen immer mit direkten Erhöhungen bei den Potsdamerinnen und Potsdamer verbunden, so dass ich im Verbund wenig Spielräume sehe.				Fortsetzung von der Vorseite: Welche drei Beteiligungsgesellschaften werden in Ihrer Amtszeit einer Wirtschaftlichkeitsprüfung unterzogen, um beispielsweise Dividenden an den Kernhaushalt zu erhöhen?
---	--	--	--	--

17. Welches Ziel verfolgen Sie beim Frauenanteil in Führungspositionen städtischer Beteiligungen und welche verbindlichen Quoten in Vergabeunterlagen sind geplant?				
Clemens Viehrig CDU	Severin Fischer SPD	Noosha Aubel parteilos	Dirk Harder parteilos für Die Linke	Michael Reichert BVB/Freie Wähler
Bei der Auswahl der Führungspositionen ist das erste Gebot die Bestenauslese, daher werde ich mich stets dafür einsetzen die beste Bewerberin oder den besten Bewerber auszuwählen. Bei gleicher Eignung und Befähigung will ich durch Auswahl weiblicher Führungskräfte den Anteil von Frauen in den städtischen Unternehmen beibehalten oder nach Möglichkeit erhöhen.	Ziel: Paritätische Besetzung der Führungspositionen	Schon heute wird die paritätische Besetzung in den Doppelspitzen kommunaler Unternehmen angestrebt. Dies gilt es weiter zu praktizieren u. a. über die gezielte Ansprache von Frauen und ggf. auch über Veränderungen von Stellenzuschnitten. Zweck des Vergabeverfahrens ist es, einen fairen, lauterer und freien Wettbewerb, um öffentliche Aufträge zu ermöglichen. Vergabekriterien können nicht beliebig variiert werden. Zudem gibt es häufiger die Situation, dass sich auf Vergaben keine oder wenige geeignete Bieter melden. Ich kann mir vorstellen, die Erfüllung einer Frauenquote als zusätzlichen Faktor aufzunehmen. Also nicht als Ausschlusskriterium, sondern als zusätzlich zu wertenden Aspekt, der bepunktet wird.	Vergabeunterlagen beinhalten generell keine Quoten. Der Grundsatz bei gleicher Qualifizierung Frauen bevorzugt in Führungspositionen zu übernehmen gilt auch für kommunale Unternehmen und Beteiligungen. Vergabeunterlagen beinhalten generell keine Quoten. Die Förderungen, besonders von Frauen, bildet einen Schwerpunkt der konsequenten Arbeit der Gleichstellungsbeauftragten der LHP.	Keine Quoten, es wird nach Eignung und Fähigkeiten entschieden, ist eine Frau besser bekommt sie den Job

18. Welche Transparenzpflichten führen Sie ein, um Korruption vorzubeugen?				
Clemens Viehrig CDU	Severin Fischer SPD	Noosha Auel parteilos	Dirk Harder parteilos für Die Linke	Michael Reichert BVB/Freie Wähler
Die bestehenden Transparenzvorgaben sind sehr weitgehend, siehe Informationsfreiheitsgesetz. Die LHP hat u.a. einen Korruptionsbeauftragten eingesetzt. An diesen können sich Mitarbeitende und alle anderen mit Fragen und Hinweisen wenden. Mit dem Rechnungsprüfungsamt werde ich auswerten, welche Verbesserungen sinnvoll sind, um Korruptionsprävention und Korruptionsbekämpfung zu stärken. Zugleich gibt es eine aktuelle Richtlinie des Oberbürgermeisters die innerhalb der Potsdamer Verwaltung anzuwenden ist. Im Gegensatz zum „alten“ Oberbürgermeister fühle ich mich auch an diese gebunden.	>>> Veröffentlichung von Nebeneinkünften, Vergaben & Aufträgen >>> Einführung eines Compliance-Registers für städtische Beteiligungen >>> Schulungen und Verhaltenskodex für Führungskräfte	Anhand des Internen Kontrollsystems (IKS), welches flächendeckend eingeführt wird, sofern es dies noch nicht erfolgt ist, erfolgt eine fundierte Risikoanalyse. Diese zeigt ggf. Schwächen auf, welchen es mit geeigneten, passgenauen Maßnahmen zu begegnen gilt.	In der Landeshauptstadt Potsdam gibt es seit Jahren eine/n Antikorruptionsbeauftragte/e, die nicht Mitarbeiterin der Verwaltung ist. Er ist Ansprechpartner für alle Mitarbeitenden der Verwaltung, die Stadtverordneten und Bürger:innen bei allen Anliegen zur Korruption. Außerdem gilt, wie für alle öffentlichen Einrichtungen, auch für die LHP das Hinweisgeberschutzgesetz. Des Weiteren ist die Stadt Mitglied bei Transparency International. Damit sind wichtige Voraussetzungen für eine wirksame Korruptionsprävention gegeben. Darüberhinausgehende Regelungen wurden jüngst, schlussfolgernd aus der sogenannten „Vip-Ticket-Affäre“ überarbeitet und konkretisiert. Die Kontrollen erfolgen jetzt noch engmaschiger. Trotzdem müssen Korruption und Bestechlichkeit ständig im Sichtfeld des Oberbürgermeisters sein.	Kompliziertes Thema, das ich noch ausarbeiten müsste, es gibt aber bereit ein enges Regelwerk zur Definition und Vermeidung von Korruption.
19. Werden Sie einen jährlichen Haushalts-Hackathon mit Unternehmen & Zivilgesellschaft etablieren, um Einspar-/Einnahme-Ideen zu generieren – und wann startet der erste?				
Die Idee eines Haushalts-Hackathons werde ich im Fall meiner Wahl prüfen, um festzustellen, welche Vorteile ein solches Verfahren für die Stadtgesellschaft bietet. In meiner Zeit im Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur haben wir verschiedene Daten-Hackathons durchgeführt. Diese habe ich als Mehrwert verstanden und stehe dieser Art der Lösungsfindung sehr aufgeschlossen gegenüber.	Im Rahmen einer Beteiligungsoffensive zur Haushaltsplanung kann das Ziel lauten: neue Ideen für Einsparung, Einnahmen und bürgernahe Ausgaben.	Ja, 2026.	Die Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern an der Gestaltung des städtischen Haushaltes erfolgt seit vielen Jahren zunehmend erfolgreich durch den Bürgerhaushalt. Dieses partizipative Element werde ich stärken. Durch das Bürgerbudget ist eine weitere direkte Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger, Initiativen und Vereine gegeben. Seit 2024 finden alle Haushaltspositionen im interaktiven Haushalt (IKVS) für alle abrufbar.	Ja, eine sehr gut Idee, startet ab 2026.

20. Wie wollen Sie Nachtökonomie-Hotspots (z. B. Schiffbauergasse) entwickeln und moderieren (Friedrich-Ebert-Straße/ Bassinplatz)?				
Clemens Viehrig CDU	Severin Fischer SPD	Noosha Auel parteilos	Dirk Harder parteilos für Die Linke	Michael Reichert BVB/Freie Wähler
Gemeinsam mit den handelnden Personen müssen wie uns die aktuelle ÖPNV Anbindung des Standortes Schiffbauergasse anschauen und Optimierungen prüfen. In diesem Zusammenhang möchte ich ein „Frauenachtstaxi“ nach Freiburger Vorbild initiieren. Bei der Frage der Nachtökonomie setze ich auch auf das unternehmerische Potenzial und die Kreativität z.B. der Gastronomie. Die konkreten Umsetzungen müssen im Einvernehmen mit allen Betroffenen erfolgen, um die notwendige Akzeptanz zu finden. Die Standorte haben hier unterschiedliche Potentiale und Anforderungen. Die Friedrich-Ebert-Straße darf sich jedoch nicht zu einer Rennstrecke entwickeln. Hier braucht es ein abgestimmtes Vorgehen mit der Polizei bzw. die Etablierung eines kommunalen Ordnungsdienstes. Das Thema „Jugendliche im öffentlichen Raum“ ist und bleibt ein wichtiges Thema. Jugendliche wollen abseits der Jugendclubs, auch Orte ohne Aufsicht und Konsumzwang. Dies eben auch am Abend. Demgegenüber stehen meist Anwohner, die sich über den Lärm bzw. den Müll beschweren. Es wird also eine Balance zu finden sein, um in einer lebendigen Stadt ein Zusammenleben zu ermöglichen. Ich werde versuchen, das Vorzeigeprojekt "Buntes B" wieder mit Leben zu füllen.	>>> Moderierter Dialog zwischen Anwohnenden, Gastronomie, Polizei & Stadt >>> klare Regeln für Lärm- und Sicherheitsmanagement >>> Planungsrechtliche Absicherung	Die Schiffbauergasse ist gut entwickelt. Wichtig wäre, das Marketing noch weiter zu optimieren und auf die Bedarfe der Zielgruppen hin auszurichten. Ergänzend sollten regelhaft die Bedarfe der Anbietenden und Nutzenden eruiert werden und die Erkenntnisse für die Weiterentwicklung genutzt werden.	Das Ergebnis der Prüfung des Vorschlages der Fraktion die Linke eine/n Nachtbürgermeister/in erwarte ich mit Spannung. Es gibt seit langem das Bemühen zur Belebung der Kulturquartiers Schiffbauergasse ein entsprechendes Konzept unter Beteiligung aller dort Aktiven zu erarbeiten. Ich werde dafür Sorge tragen, dass das Konzept verabschiedet und zügig umgesetzt wird.	Die Frage verstehe leider ich nicht ganz.

21. Wie unterstützt die Stadt die Fachkräfteeinwanderung und welche Kennzahlen messen den Erfolg?				
Clemens Viehrig CDU	Severin Fischer SPD	Noosha Aubel parteilos	Dirk Harder parteilos für Die Linke	Michael Reichert BVB/Freie Wähler
Durch einen stark verbesserten Bürgerservice wollen wir auch die Gewinnung von Fachkräften in Potsdam erleichtern. Gemeinsam mit den Unternehmern sowie den städtischen Unternehmen prüfe ich, wie wir bessere Wohnungsangebote generieren können, um auch hier die Fachkräftegewinnung zu erleichtern.	Unterstützung: Einrichtung eines „Welcome-Desks“ für Zugewanderte und Unternehmen, Kooperation mit Kammern und Betrieben, Förderung von Sprach- und Qualifizierungsprogrammen, Beratung zu Aufenthalts- und Arbeitsgenehmigungen. Kennzahlen: Bearbeitungszeiten von Anträgen, Anzahl ausgestellter Arbeitserlaubnisse, Anstieg bei Integrations- und Sprachkursen, Beschäftigungsquote unter Zugewanderten, Anzahl betrieblich geförderter Qualifizierungen.	Die Stadt hat keine direkte Zuständigkeit für Visa oder Aufenthaltstitel, kann aber durch flankierende Maßnahmen die Fachkräfteeinwanderung fördern. Einerseits können die Menschen, die nach Potsdam kommen, unterstützt werden. Andererseits kann die Stadt den Unternehmen helfend zur Seite stehen. Zielgruppe Einwandernde: • Welcome-Center oder Fachkräftebüros (zentrale Anlaufstellen für Unternehmen und Zugewanderte) • Unterstützung bei Anerkennung von Abschlüssen, Sprachkursen, Behördengängen • „One-Stop-Agency“-Ansatz zur Entbürokratisierung Zielgruppe Unternehmen: • Matching-Plattformen und Kooperationen mit lokalen Unternehmen • Hilfestellung bei Rekrutierung im Ausland (z. B. Delegationsreisen, Messeauftritte) Unterstützung vor Ort: • Unterstützung bei Wohnungssuche und Kita-/Schulplatzvermittlung • (Berufsbezogene) Sprachkurse • Netzwerke für internationale Fachkräfte (z. B. Stammtische, Mentoring-Programme) Standortmarketing: • Darstellung der Stadt als attraktiver Lebens- und Arbeitsort • Mehrsprachige Informationsportale	Die Fachkräfteeinwanderung bleibt ein wichtiges Element der Stadtentwicklung. Durch bezahlbare Mieten und einer gut funktionierenden Infrastruktur sowie eine weltoffene Atmosphäre machen zu einem attraktiven Wohn- und Arbeitsort. Besonderes Augenmerk muss auch auf die Gewinnung von Wissenschaftler:innen gelegt werden. Als erste Maßnahme müssen bessere Voraussetzung geschaffen, um Einbürgerungen besser und schneller erfolgen zu lassen. Die weitere Qualifizierung der Arbeit der Ausländerbehörde, der Ausbau von Sprachkursen und die Entbürokratisierung der Anerkennung ausländischer Qualifikation müssen folgende.	Wichtigste Kennzahl ist, arbeitet die Fachkraft in Vollzeit und sozialversicherungspflichtig.

		Noosha Aubel (parteilos) Exemplarische Kennzahlen: • Anzahl der jährlich zugezogenen internationalen Fachkräfte (nach Branchen/Qualifikationsniveaus) • Zahl der Beratungen durch das Welcome-Center • Zeitspanne bis zur Arbeitsaufnahme (von Antrag bis Beschäftigung) • Verbleibquote nach 1, 3 oder 5 Jahren • Anzahl der Unternehmen, die die städtischen Angebote nutzen • Zufriedenheit von Fachkräften (Befragungen zu Integration, Service, Lebensqualität) • Zufriedenheit von Arbeitgeber*innen (Befragungen zu Unterstützung durch Stadt)		
--	--	---	--	--

22. Bis wann etabliert die Stadt kostenfreie Sprachkurse für Betriebe mit ausländischen Fachkräften, und wie werden diese mit VHS-Angeboten und den Integrationskurs-Angeboten der BBAG verzahnt?				
Clemens Viehrig CDU	Severin Fischer SPD	Noosha Aubel parteilos	Dirk Harder parteilos für Die Linke	Michael Reichert BVB/Freie Wähler
In Potsdam bestehen bereits heute kostenfreie Sprachfördermöglichkeiten für ausländische Fachkräfte über BAMF-geförderte Integrations- und Berufssprachkurse, die von der VHS Potsdam und der BBAG e.V. angeboten werden. Diese Kurse können – wenn die Voraussetzungen erfüllt sind – auch von Unternehmen für ihre Beschäftigten genutzt werden. Wir wissen jedoch, wie herausfordernd es ist, neben einer Vollzeitbeschäftigung verlässlich an Sprachkursen teilzunehmen. Wer hier arbeiten, sich integrieren und Teil unserer Stadtgesellschaft werden möchte, soll daran nicht scheitern. Mit dem neuen Integrationskonzept 2024–2028 wurde deshalb beschlossen, eine städtische Koordinierungsstelle „Spracherwerb“ einzurichten, um vorhandene Angebote besser auf die Bedürfnisse von Erwerbstätigen auszurichten, Doppelstrukturen zu vermeiden und gezielt berufsbegleitende Formate (z. B. Abend-, Hybrid- oder Inhouse-Kurse in Kooperation mit VHS/BBAG) zu ermöglichen. Die Stelle soll 2025 besetzt und operativ tätig werden. Gleichzeitig erschweren aktuelle Kürzungen bei den Bundesmitteln für Integrationskurse die Planungssicherheit für die Träger. Umso wichtiger ist, dass Potsdam jetzt Verantwortung übernimmt, bestehende Angebote intelligent verzahnt und dort ergänzt, wo Bund und Land nicht greifen – etwa für EU-Fachkräfte oder bereits Beschäftigte mit Qualifikationsbedarf. Ziel bleibt es, bis spätestens 2025/26 sicherzustellen, dass alle in Potsdam arbeitenden internationalen Fachkräfte unkompliziert – idealerweise kostenfrei und arbeitsbegleitend – Zugang zu passenden Sprachkursen erhalten.	Start: Geplant ab 2026 Verzahnung: Kooperation mit VHS und BBAG, um bestehende Angebote zu ergänzen, abgestimmte Kurspläne, mobile und digitale Formate für Betriebe, Integration von berufsbezogenem Sprachtraining. Die Stadt sorgt für abgestimmte Fördermittel und unterstützt die Bewerbung der Angebote bei Unternehmen.	Die mögliche Übernahme von Kosten für einen Sprachkurs sollten vor dem Hintergrund der Leistungsfähigkeit und der Branche des Unternehmens bestimmt werden. Gemeinsam mit IHK, HK, VHS und BBAG muss konsequent und zeitnah ein gemeinsames Angebot erarbeitet werden.	Es gibt verschiedene Zugänge zu Sprachkursen. So werden zum Beispiel über das Jobcenter Sprachkurse vermittelt. Die Angebote müssen ständig den konkreten Bedarfen angepasst werden. Auch die Förderung des Ehrenamtes kann einer schnelleren Integration dienlich sein.	kostenfreie Sprachkurse in der VHS sofort ab 2026, Verzahnungsmöglichkeiten müssen noch geprüft werden

23. Wie verbessern Sie die Akzeptanz unter den Betroffenen bei Stadtentwicklungsprojekten und wie halten Sie Verbindung zu den Akteuren (Beispiele Schlaatz, autofreie Innenstadt).				
Clemens Viehrig CDU	Severin Fischer SPD	Noosha Auel parteilos	Dirk Harder parteilos für Die Linke	Michael Reichert BVB/Freie Wähler
Akzeptanz erzeugt man nur durch Kommunikation bzw. persönlichen Austausch. Bei allen Projekten muss dies immer am Beginn eines Veränderungsprozesses stehen. Allerdings dürfen wir keine Pseudo-Beteiligungen durchführen. Leider hatten viele Händlerinnen und Händler bzw. die IHK dieses Gefühl beim Beteiligungsprozess zum „Modellprojekt Dortustraße“. 20 Prozent Umsatzeinbuße dürfen nicht zu einem „Weiter so!“ ohne eine gemeinsame Linie mit den Betroffenen führen. Die Anregungen der Betroffenen/ Beteiligten müssen bei allen Projekten angemessen in eine Lösungsfindung einfließen. Es ist aber auch normal, dass nicht immer alles möglich ist. Durch Kommunikation kann man mit den Betroffenen jedoch die Entscheidungen erklären.	Maßnahmen: >>> Frühzeitige und transparente Beteiligung über Bürgerforen, Online-Plattformen und direkte Einbindung von lokalen Initiativen und Betrieben. >>> Regelmäßige Infoveranstaltungen und Rückkopplungsformate (z. B. Werkstätten, Bürgerbeiräte). >>> Kontinuierliche Kommunikation über Fortschritte, Herausforderungen und Änderungen. Beispiel Schlaatz: Beteiligung in Quartiersbeirat & Infostände. Autoarme Innenstadt: Dialog mit Handel, Anwohnenden, Polizei und Feuerwehr.	Frühzeitige Einbindung. Darstellung des gesamten Prozesses, inkl. Ziele und Meilensteine. Transparente Information und Kommunikation der Beteiligungsmöglichkeiten.	Bei Stadtentwicklungsprozessen ist es essentiell, die Beteiligten frühzeitig und ergebnisoffen in die Planungen einzubinden. Hierfür halte ich runde Tische sowie die Nutzung vorhandener Strukturen/Initiativen für das geeignete Instrumente. Wichtig finde ich es auch stärker auf digitale Ergänzungen, wie z.B. Das Beteiligungsportal, zurückzugreifen. Die Ergebnisse der Arbeit des Beteiligungsrates sind künftig noch stärker in die Prozesse einzubinden.	Hier stehen die jeweiligen Fachabteilungen in der Verantwortung, umfassend und professionell zu kommunizieren.
24. Wie gewährleisten Sie zukünftig eine verbesserte Informationspolitik bei Einladungen zu Werkstattverfahren, Informationen über Baustellen und zu Verkehrshindernissen				
Über alle Prozesse innerhalb der Landeshauptstadt Potsdam muss transparent und für jeden nachvollziehbar auf den städtischen Internetseiten informiert werden. Es ist zwingende Voraussetzung, dass die bestehenden Angebote/Plattformen auch genutzt werden. Zum einen um sie zu etablieren und zum anderen um darüber zu informieren. Gleichzeitig müssen wir über die Social-Media-Kanäle der Landeshauptstadt besser kommunizieren. Die Potsdamer Feuerwehr nutzt diese Kanäle bereits sehr gut, um über Aktionen oder Einsätze zu berichten.	>>> Einführung eines zentralen digitalen Informationsportals für Bürger:innen und Unternehmen sowie stärkere Bekanntmachung des bestehenden Angebots für den Bereich Verkehr/Mobilität (www.mobil-potsdam.de) >>> Zielgruppenspezifische Benachrichtigungen. >>> Kooperation mit lokalen Medien und Nachbarschaftsinitiativen für eine breite Streuung.	Ich würde die Kritiker*innen der Verfahren befragen, welche Form der Einbindung sie gewünscht und erwartet hätten. Auf dieser Basis kann nachjustiert werden.	Eine Möglichkeit Informationen frühzeitig und wirksamer in die Stadtgesellschaft zu transportieren ist der Ausbau der Website der Landeshauptstadt Potsdam. Insbesondere der „Gedenkkalender“ sowie die Presseterminseite sind leichter zugänglich zu machen. Auch das Beteiligungsportal muss in der Stadtgesellschaft bekannter werden. Eine rechtzeitige, gezieltere Information der von Planungen betroffenen Anwohnern und Anwohnerinnen kann zu einer breiten Beteiligung beitragen. Auf der Website „mobil-potsdam.de“ finden sich bereits aktuelle Verkehrsmeldungen und Baustellenhinweise. Auch die Verlinkung zu dieser Website muss prominenter platziert werden.	Ja, das ist wirklich ein Problem nicht nur in Potsdam und ich höre diese Problematik zu Recht ständig von den Gewerbetreibenden, die plötzlich vor herausfordernden Situationen stehen, die zum Teil auch existenzgefährdend sind. Mit mir als Oberbürgermeister werden extra abgestellte Verwaltungsmitarbeiter als Dienstleister für die Gewerbetreibenden Wochen und Monate vor einer Baustellenerrichtung direkt die betroffenen Gewerbetreibenden besuchen, um dann gemeinsam mit Ihnen die Baustellenplanung möglichst im Sinne der Gewerbetreibenden zu optimieren, um nur ein Beispiel zu nennen.

25. Und zum Schluss: Wie wollen Sie in dieser Stadt altern und welche fünf Hemmnisse müssten Sie beseitigen, um Ihrer Vorstellung von würdigem Altern, Barrierefreiheit und Pflege zu entsprechen?				
Clemens Viehrig CDU	Severin Fischer SPD	Noosha Aubel parteilos	Dirk Harder parteilos für Die Linke	Michael Reichert BVB/Freie Wähler
Grundsätzlich kann ich feststellen: Politik ist immer auch Seniorenpolitik. Etwa ein Drittel der Potsdamerinnen und Potsdam zählt zu dieser Altersgruppe (40.000 sind über 65) und es werden immer mehr. Es muss daher bei allen Verantwortlichen in Fleisch und Blut übergehen, dass bei allen politischen Prozessen die besonderen Bedürfnisse aller Generationen mitbedacht werden. Deshalb ist für mich klar: Lebensqualität für alle Generationen. In folgenden Bereichen darf es keine Hemmnisse geben: - Wir müssen bei der Stadtplanung berücksichtigen, dass in allen Stadtteilen ausreichend Bürgerhäuser und Bürgertreffs entstehen, welche vielfältige Angebote auch für die ältere Generation bereithalten und aktiv betreiben. - Wir müssen Potentiale der älter werden Bevölkerung aktivieren und nutzen. Durch Weiterbildung muss es auch für die ältere Generation möglich bleiben, mit der Entwicklung standzuhalten und sich aktiv zu beteiligen (z.B. Digitalisierung, soziale Medien). Hierfür können wir auch neue Wege nutzen, z. Bsp. KI-basierte Online-Beratung. - Wir müssen flächendeckend Seniorenwohnungen, -heime und Pflegeeinrichtungen schaffen sowie Beratung in allen Wohnungsfragen (z.B. Mehrgenerationenwohnen, Mietberatung, etc.). Wir müssen die Themen vorausdenken.	Wie altern? In einer Stadt, die Sicherheit, Gemeinschaft und Teilhabe ermöglicht – mit gutem Zugang zu Pflege, Kultur, Grün und sozialer Infrastruktur. Fünf Herausforderungen: >>> Ausreichende Barrierefreiheit im öffentlichen Raum und in Wohngebäuden >>> Sicherung der ambulanten und stationären Pflegeangebote (gerade in den Ortsteilen) >>> Sicherung der Bezahlbarkeit altersgerechter Wohnungen >>> Freizeitangebote für ein Altern in Gemeinschaft und Nachbarschaft >>> Sicher unterwegs zu Tag und Nacht in einer lebendigen Stadt Maßnahmen: Ausbau barrierefreier Infrastruktur, Förderung innovativer Wohnformen (z. B. Mehrgenerationenhäuser), Vielfältige Pflegeangebote durch attraktive Bedingungen in Potsdam, Förderung von Nachbarschaftsprojekten und Begegnungshäusern.	Gut und möglichst selbstbestimmt. Barrierefreiheit verbessern; generationsübergreifende Projekte ausbauen; Bürgerhäuser stärken, um im eigenen Stadtteil aktiv zu bleiben; Etablierung Nette Toilette; Ausbau Dritter Orte gegen Einsamkeit; Neue Wohnprojekte und Pflegeplätze schaffen/fördern.	Ich wünsche mir, auch meinen Lebensabend in meiner Geburtsstadt Potsdam zu verbringen – gesund und umgeben von lieben Menschen und meiner Familie. Nach meinen Erfahrungen müssen dafür z.B. folgende Hemmnisse beseitigt werden: - Isolation - Barrieren im ÖPNV - fehlender preiswerter, altersgerechter Wohnraum - Pflegenotstand der ambulanten Pflegedienste oftmals zu komplizierte Zugänglichkeit der bereits bestehenden Netzwerke und Beratungsangebote	Als Ihr Oberbürgermeister möchte ich eine Stadt schaffen, in der das Altern nicht als Hindernis, sondern als Chance für die gesamte Gemeinschaft gesehen wird. Meine Vorstellung von würdigem Altern in Potsdam ist untrennbar mit dem Mehrgenerationenprinzip verbunden, dass ich selbst in meiner Familie leben konnte. Es geht darum, eine Gesellschaft zu fördern, in der Jung und Alt nicht isoliert voneinander leben, sondern sich gegenseitig helfen und bereichern – sei es durch gemeinsame Projekte in den Quartieren, durch gegenseitige Unterstützung im Alltag oder durch den Wissenstransfer zwischen den Generationen. Die folgenden fünf Hemmnisse sollten beseitigt werden: - Mangel an bezahlbarem und altersgerechtem Wohnraum beseitigen und Mehrgenerationenhäusern fördern. - Mehr Barrierefreiheit im öffentlichen Raum schaffen z.B. bei öffentlichen Gebäuden, Gehwegen und dem Nahverkehr - Einfacherer und transparenterer Zugang zu Pflegeleistungen, ambulant und stationär - Digitale Kluft für ältere Menschen durch Bildungsangebote beseitigen - Soziale Isolation vermeiden durch Orte und Angebote, die den Austausch zwischen allen Generationen aktiv fördern und der Vereinsamung im Alter entgegenwirken. Für mich ist Potsdam die schönste Stadt Deutschlands mit seinen Schlössern und Gärten, seiner einzigartigen Natur und

Clemens Viehrig (CDU) 4. Wir müssen aktiver Präventionsangebote schaffen. Gerade Prävention durch Sport, Bewegung und aktive Freizeit“ sind ein Schlüssel. Hierfür müssen wir genügend Angebote in allen Stadt-/Ortsteilen bereithalten (u.a. Trimm-Dich-Pfade, entsprechende Sport-/Kulturangebote). 5. Wir müssen im Bereich Sicherheit sowie Teilhabe an der Mobilität weiterdenken. Denn Barrierefreiheit ist keine Last, sondern muss unser Ziel sein. Gleichzeitig braucht es in der Stadt Orte zum Verweilen (grüne Ruhe-Oasen, genügend Sitzbänke oder sichere Gehwege).			Fortsetzung von der Vorseite: Wie wollen Sie in dieser Stadt altern und welche fünf Hemmnisse müssten Sie beseitigen, um Ihrer Vorstellung von würdigem Altern, Barrierefreiheit und Pflege zu entsprechen?	Michael Reichert (BVB/Freie Wähler) Seenlandschaften, seinen unterschiedlichen historischen Stadtbildern und seiner hohen Lebensqualität zusammen mit Menschen, die weltoffen und tolerant sind. Potsdam ist für mich aber weit mehr; es ist mein Zuhause, der Ort, an dem meine Familie Wurzeln geschlagen hat und wo wir im Potsdamer Norden das unschätzbare Privileg genießen, dort leben zu können, wo andere Urlaub machen. Meine Frau ist hier zur Schule gegangen, unsere beiden Kinder ebenso. Potsdam ist der Ankerpunkt unseres Lebens und aus dieser tiefen Verbundenheit heraus möchte ich gerne hier alt werden
--	--	--	--	--

Bearbeitungsstand: 24. August 2025